Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 257 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Tr.-Pl. erlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Montag, den 1. November 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalt. Teil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Einigung zwischen Frankreich und England.

Schiedsspruch im Ruhrkohlenbergbau — Die Münchener Mordgeschichte — Abg. Müller (Franken) spricht im Reichstage — Schiedsspruch auch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Paris, 31. Okt. Nach dem „Matin" sind die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über das Wiedergutmachungsproblem soweit gediehen, daß die endgültige Antwort wahrscheinlich morgen oder übermorgen überreicht werden wird. Einig sei man sich über die Sachverständigenkonferenz, die in kürzester Frist in Brüssel zusammentreten soll und der alsdann sehr rasch eine Konferenz der Finanzminister und anderer Regierungsvertreter in Genf folgen werde. Dort würden die Deutschen mit beratender Stimme gehört werden.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für den Fahrkohlenbergbau.

Berlin, 30. Okt. (WTB.) Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung die vom Reichskohlenverband kürzlich beschlossene Erhöhung der Preise für Steinkohle behandelt hatte, hat der Zechenverband den Schiedsspruch über die Regelung der Löhne im Ruhrkohlenbergbau vom 19. Oktober 1920 abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat hierauf den Schiedsspruch nach der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich erklärt, zugleich aber betont, daß damit dem Bergbau außerordentliche Lasten auferlegt werden, deren Tragung nur möglich sein wird, wenn alle am Produktionsprozeß Beteiligte mit vollen Kräften und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten an der Verringerung der Produktionskosten mitwirken.

Die Münchener Mordaffäre.

Der Untersuchungsausschuß gesprengt!

Aus München wird berichtet:

Trotzdem der vom Landtag einstimmig beschlossene Untersuchungsausschuß Donnerstag bis spät abends seine Tätigkeit mit der Vernehmung der Zeugen begonnen hatte und bis Freitag noch nicht zu einem Urteil gekommen war, gab die Regierung heute vormittag im Plenum des Landtages eine Erklärung ab. Sie trägt in keiner Weise zur Aufklärung über die behaupteten Tatsachen bei, sondern beschränkt sich darauf, die Ankläger und Zeugen zu verdächtigen und ihre Glaubwürdigkeit anzuzweifeln; die Polizeibeamten hätten nur ihre Pflicht getan. An diese Erklärung knüpften die Abgeordneten Timm (Soz.) und Garcis (U. S. P.) einige Worte, was dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Abg. Held (Chr. Vp.) Veranlassung gab, seinen Austritt aus dem Untersuchungsausschuß zu erklären, weil dieser beschlossen hatte, daß von keiner Partei im Plenum vor Vollendung der Aufgaben des Ausschusses gesprochen werden sollte. Die Vertreter der Mittelparteien (Deutschnationalen) schlossen sich dieser Erklärung an.

Die Ausnutzung eines vielleicht formalen Verstoßes gegen die parlamentarische Praxis kann nur als ein Vorwand betrachtet werden, über eine sehr unangenehme Sache schnell hinwegzukommen. Die Regierung und die rechtsbürgerlichen Parteien, von denen auch die Behauptung ausging, sie seien bei dem Beschluß auf Bildung eines Untersuchungsausschusses überrumpelt worden, haben durch ihr Vorgehen die parlamentarische Untersuchungskommission in die Luft gesprengt.

Damit ist jedoch das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Soviel steht jedenfalls fest, daß in München eine Organisation besteht, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Denunzianten von Waffenlagern aus der Welt zu schaffen. Die bisher noch nicht aufgeklärte Ermordung eines Dienstmädchens, das ebenfalls in einem Auto verschleppt wurde und das in einem Schlosse bedienstet war, in dem sich ein Waffenlager befand, erhält nu nauch eine politische Bedeutung!

Der wiedererstandene Untersuchungsausschuß.

München, 30. Okt. Der Landtag trat am Freitagabend nach zusammen und wählte einen neuen 14gliedrigen Ausschuß, in dem die bürgerlichen Parteien mit zehn gegen vier Stimmen die Majorität besitzen, während sie im ersten siebengliedrigen Ausschuß in der Minderheit geblieben waren. Darin bestand wohl auch der Grund, weshalb aus einem formellen, ganz nebensächlichen Vorgang der erste Ausschuß gesprengt wurde. Der jetzt gebildete Ausschuß kann nun wieder von vorn anfangen, wobei es fraglich bleibt, ob alle Zeugen noch zu ermitteln sind.

Die die Verbindung zwischen dem Doppelspitzel Fracheur und Dobner und der Polizeidirektion herstellende unter dem Namen Dollinger auftretende Person ist nicht zu ermitteln. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es der aus früheren Vorgängen bekannte Leutnant Böhm. Er ist bereits über alle Berge.

Die Totschläger ermittelt.

Am Freitag meldete sich bei der Polizeidirektion ein 24 Jahre alter Student, der folgendes angab: Ihm und einigen Kameraden war es darum zu tun, das Waffenlager, das ihnen Dobner um 3000 Mk. verraten wollte, kennen zu lernen. Er hätte in Begleitung eines anderen Kameraden am 20. Oktober die Fahrt nach Freising angetreten. Während der Fahrt habe Dobner seine Geldforderung unter der Drohung erhöht, das Waffenlager sonst der U. S. P. verraten zu wollen, die mehr bezahle. Daraufhin hätten sie den Dobner gehörig mit seinem eigenen Stock verprügelt (!!), aber niemals die Absicht gehabt, ihn umzubringen (!!). Im Laufe des Abends wurde auch der zweite Student ermittelt.

Auffallend bleibt, daß die Polizei die beiden Studenten nicht verhaftet oder wenigstens deren Vorführung vor den Untersuchungsausschuß veranlaßte. Statt dessen wird die im persönlichen Schutzinteresse abgegebene Erklärung des schwerbelasteten Studenten sofort der Oeffentlichkeit unterbreitet.

Die Münchener Stinnes-Presse bemüht sich, die Regierung in ihrem Bestreben, die Sache als harmlos oder lächerlich hinzustellen, nach Kräften zu unterstützen. Gelingen wird ihr das nicht.

Gute Aussichten für Frankreich.

Amsterdam, 30. Oktober. „Telegraaf" betont auf Grund ausführlichen statistischen Materials über die Entwicklung der französischen Ein- und Ausfuhr und Erzeugung, es sei unzweifelhaft, daß bereits jetzt die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs sich mit einer Schnelligkeit vollzieht, die kaum von jemand erwartet worden sei. Frankreich gehe einer Zeit blühender Wohlfahrt entgegen, nicht zuletzt durch das von den Deutschen zu großer wirtschaftlicher Blüte gebrachte Elsaß-Lothringen. Deshalb müsse jeden Franzosen, der sein Land lieb habe, ein gesunder Optimismus erfüllen, die Zukunft Frankreichs könne nur durch Mangel an Vertrauen geschädigt werden.

Die französischen Bergarbeiter.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Havas-Meldung aus St. Etienne haben die Bergarbeiter des Loire-Bekens ihre Delegierten beauftragt, bei der Dienstag in Paris stattfindenden Beratung den Generalstreik zu verlangen, falls bis zum 12. November den Bergarbeitern nicht die verlangte Lohnerhöhung bewilligt wird.

Die belgischen Sozialisten bleiben in der 2. Internationale.

Brüssel, 21. Oktober. Der Sozialistenkongreß hat mit 493 173 gegen 76 225 Stimmen die Tagesordnung des Brüsseler Verbandes, der zufolge der Kongreß nicht den Beitritt zur 3. Internationale befürwortet, aber den Austritt aus der 2. Internationale beschließen sollte, verworfen und das Verbleiben in der 2. Internationale beschlossen.

Der Achtstundentag in der Schweiz.

Bern, 31. Okt. In der schweizerischen Volksabstimmung ist heute das Gesetz über die endgültige Einführung des Achtstundentages bei den Eisenbahnen, Post-, Telegraphen- und Telephon-Betrieben beschlossen worden.

Die Schreckensherrschaft in Rußland.

Paris, 30. Oktober. Nach einer Meldung aus Sebastopol berichten dortige kommunistische Blätter, daß 31 Personen, die antibolschewistischer Umtriebe und der Wiedererrichtung der Monarchie bezichtigt wurden, erschossen worden seien.

Tschechische Gewaltaten.

Reichenberg, 30. Okt. Am tschechischen Staatsfeiertag stürmte eine Schar von etwa 30 Legionären in das Rathaus, überfiel den Bürgermeister und erzwang unter Todesdrohungen von ihm das Hissen weiß-roter tschechischer Fahnen am Rathaus. Der Stadtrat einschließlich seiner tschechischen Mitglieder hat sofort eine Protestkundgebung beschlossen und das Einschreiten der Staatsanwaltschaft gefordert.

Amerikanische Negerschlächterei.

Aus Washington meldet WTB.: Der frühere Kommandeur des Seesoldatenkorps, General Barnett, sagte vor dem Untersuchungsgericht aus, daß während der Besetzung von Haiti 2250 Eingeborene getötet worden seien.

Keine Stillegung des deutschen Luftverkehrs.

Berlin, 30. Oktober. Die Gefahr einer Stillegung des deutschen Luftverkehrs ist, wie wir hören, abgewendet. Nach Aufklärung verschiedener Mißverständnisse hat die interalliierte Luftschiffahrtskontrollkommission das über verschiedene große deutsche Luftverkehrsfirmen verhängte Verbot der Ausführung weiterer Flüge in Deutschland zurückgezogen. Sie hat sich ferner bereit erklärt, die in Wien und Königsberg beschlagnahmten deutschen Flugzeuge freizugeben.

Friedensvertrag und Wirtschaftsbeziehungen.

Bolschewismus und Ententeismus sind Gegenpole, aber beide müssen die Erfahrung machen, daß man die wirtschaftliche Vernunft nicht vergewaltigen kann. Genau so wie die Bolschewiki bei der Durchführung ihres schablonenhaft erfundenen Scheinsozialismus einen Pflock nach dem andern zurückstecken, genau so werden es die Friedensmacher von Versailles tun müssen, ja, sie sind jetzt schon daran, es zu tun. Auch sie haben mit ihrem Friedensvertrage eine starre Schablone für die Wirtschaft, sogar für die Weltwirtschaft geschaffen, die Weltwirtschaft wird ihnen aber von Tag zu Tag mehr zeigen, daß sie sich um diese Schablone nicht kümmert. Hier wie dort gilt der Grundsatz, daß Wirtschaftspolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie der Natur der Wirtschaft nachgeht und sie bewußt weiter entwickelt, aber was gegen die Natur ist, muß scheitern.

Wie eine Bombe hat vor einigen Tagen in Paris die Nachricht gewirkt, daß England darauf verzichtet hat, gegenüber den neuentstandenen deutschen Guthaben in England seine Rechte aus Teil V, Anlage II, Paragraph 18 des Versailler Dokuments geltend zu machen. Nach diesem berüchtigten Paragraphen sind die gegnerischen Regierungen berechtigt, im Falle, daß Deutschland „vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt", wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln anzuwenden. Nach diesem Paragraphen sind alle Guthaben, die von Deutschen im früher feindlichen Auslande erworben werden, sozusagen vogelfrei. Jeden Tag können sie unter dem Vorwand, Deutschland habe seine Verpflichtungen vorsätzlich nicht erfüllt, beschlagnahmt werden. Wäre es aber mit dieser ständigen Bedrohung der deutschen Guthaben in dem früher feindlichen Ausland ernst, so wäre eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen überhaupt unmöglich. Die wirtschaftlichen Beziehungen bringen es ganz von selbst mit sich, daß überall Guthaben von Ausländern entstehen, in Deutschland englische, in England deutsche usw. Welcher Deutsche könnte aber mit dem Ausland in geschäftliche Verbindung treten, wenn er befürchten müßte, sein ins Ausland geschicktes Geld könnte ihm eines Tages einfach weggenommen werden?

Internationaler Handel braucht internationale Rechtssicherheit. Der berüchtigte § 18 schafft aber für Deutschland absolute Rechtsunsicherheit. Ein Stück der notwendigen Rechtssicherheit ist dem deutsch-englischen Wirtschaftsverkehr durch die erwähnte Erklärung Englands wiedergegeben worden.

Und das geschah selbstverständlich nicht aus Gutmütigkeit oder aus sogenannter „Deutschfreundlichkeit", sondern ausschließlich im englischen Interesse. Amerika, das den Friedensvertrag nicht unterzeichnet hat, also an ihn nicht gebunden ist, wird nicht daran denken, die deutschen Guthaben im eigenen Lande zu gefährden und damit den Warenaustausch zu unterbinden. England und Deutschland sind aber dazu berufen, Glieder der Kette zu sein, die der Wirtschaftsverkehr von Uebersee nach Mittel- und Osteuropa vermittelt. Verjagt England die deutschen Guthaben, so schaltet es sich über aus und begünstigt den direkten Verkehr zwischen Amerika und Continentaleuropa. Darum war England im eigenen Interesse genötigt, eine Erklärung zur Sicherung des neu entstehenden Eigentums in England abzugeben.

Frankreich hat eine solche Erklärung noch nicht abgegeben, sondern droht sich einstweilen noch über die englische Erklärung mächtig auf. Praktisch wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als denselben Weg zu gehen wie England. Auch Frankreich braucht den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland, und darum muß das neu entstehende deutsche Eigentum auch in Frankreich dagegen gesichert sein, jeden Tag als Pfand für internationale Verbindlichkeiten in Anspruch genommen werden zu können. Frankreich schädigt sich selbst, wenn es Deutschland jene Rechtssicherheiten vorenthalten will, die ihm England bereits aus Vernunft und eigenem Interesse gewähren mußte.

Damit wird eine Unsinnigkeit des Versailler Vertrags beseitigt, andere werden ihr folgen. Denn wenn man die Probe aufs Exempel macht, wird sich noch öfter zeigen, daß es eben beim besten oder bösesten Willen doch nicht so geht, wie man es sich in Versailles ausgetüftelt hatte. Schritt für Schritt muß sich die Wahrheit durchsetzen, daß die Völker wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, und daß keines einem andern die Gleichberechtigung verwehren kann, ohne sich selber auf das Schwerste zu schädigen. England hat das eingesehen, und darum hat es den § 18 außer Kraft gesetzt.

Leugnen, leugnen, leugnen!

Daß die Militaristen im Lügen und Schönfärben Meister sind, haben sie während des ganzen Krieges bewiesen. Soviel wie in den Kriegspressestämtern ist wohl in der ganzen Welt nicht zusammengelogen worden. In künftigen Zeiten wird man wohl von einem besonders verlogenen Menschen sagen: er lügt wie eine militärische Nachrichtenstelle.

Von dieser Kunst wird auch jetzt nicht abgegangen. Wo immer auch in Deutschland ein Zipfelchen von den dunklen Machenschaften gelüftet wird, die sich unter dem Deckmantel der Orgesch bei geheimen militärischen Organisationen — oft mit Billigung und Mitwirkung amtlicher militärischer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201101-10/fragment/page=0001

oder polizeilicher Dienststellen — abziehen, da gibt es ein einfaches Mittel: Leugnen, leugnen, leugnen!

Der hartgesottenste Verbrecher könnte auf diese Routine neidisch sein. Gerade in diesen Kreisen weiß man, daß auch der gänzlich überführt erscheinende Angeklagte noch nicht völlig verloren ist, wenn er den Mut besitzt, bis zum Schluß hartnäckig und stumpfsinnig alles zu leugnen. Ein monotones „Ich bestreite allens", ist ihre einzige Antwort auf alle Einwendungen, Argumente, Zeugenaussagen und Ueberführungsmittel.

„Ich bestreite allens", das ist auch die Taktik der Reaktion. Die letzten Tage haben eine Flut von Beweisen über das verbrecherische und hinterhältige Treiben reaktionärer Verschwörer gebracht. Was tut man? Man bestreitet! Und was so erwiesen ist, daß man es nicht bestreiten kann, das wird verschwiegen.

Geradezu typisch ist dafür die Manier, in der die deutschnationale Presse über die Münchener Angelegenheit berichtet. Die Darstellung der Angelegenheit Dobner-Fracheur in den meisten Blättern der Rechtspresse ist so unklar, daß kein Leser sich überhaupt ein Bild von der Sache machen kann. Wir gestehen zu, daß die ganze Geschichte von dem versuchten Mord an Dobner auf den ersten Blick einen romantisch-unwahrscheinlichen Anstrich hat. Aber die Sache ändert sich durch das von zwei absolut einwandfreien Zeugen mitgehörte mitstenographierte Telephongespräch des Fracheur mit dem Münchener Polizeibeamten Glaser, in dem Fracheur mitteilte, er habe den Dobner aus dem Wege geschafft, und von Glaser die Zusicherung erhielt, es werde ihm nichts deswegen geschehen. Hier ist eine Tatsache, an der niemand vorbei kann. Aber gerade diese Tatsache wird von der Rechtspresse unterschlagen oder nur mit, ganz verworren und undeutlich, nebenbei erwähnt. Den Gipfelpunkt erklimmt dabei die „Deutsche Tageszeitung", die dem Genossen Timm vorwirft, Hauptakteur einer Spitzelaffäre zu sein, weil er sich durch persönliches Mithören des Gespräches von der Richtigkeit der Angaben des Fracheur überzeugt hat.

Je weniger auf dieses Telephongespräch eingegangen wird, desto mehr wird aus der Erklärung der Münchener Polizeidirektion gemacht, daß sie weder mittelbar noch unmittelbar mit dem Mordversuch in Verbindung stehe. Daß diese Behauptung eine Ungeheuerlichkeit ist in dem Augenblick, wo ein Beamter der Polizeidirektion dem vermeintlichen Mörder Straflosigkeit zusichert, das fällt keinem der ehrenwerten Blätter ein.

Genau so verfährt man in dem Chemnitzer Fall. Man klammert sich rechts an die Erklärung des Wehrkreiskommandos 4, wonach Beziehungen zwischen ihm und der Stahl-Helm-Orgesch in Chemnitz nicht bestanden hätten. Wir aber wissen aus Erfahrung, was solche Erklärungen militärischer Stellen wert sind. Als die Magdeburger Spitzelzentrale aufgedeckt und zwei Reichswehrsoldaten als Hauptfabrikanten von Lügnerichten entlarvt wurden, da behaupteten die Offiziere des Truppenteils, dem die beiden angehörten, auch zunächst, die beiden gar nicht zu kennen. Erst als durch den Feldwebel festgestellt wurde, daß die beiden Spitzel regelmäßig ihre Löhnung erhalten hätten, änderten die Offiziere ihre Aussage. Der Kommandant von Magdeburg erklärte ebenfalls, von ihnen nichts zu wissen, bis sich zwei persönlich von ihm unterschriebene Ausweise fanden, durch welche die Spitzel zum Betreten sämtlicher militärischen Gebäude berechtigt wurden. Ganz ähnlich war es hier in Halle, als ein Leutnant der Organisation geheimer militärischer Verbindungen überführt wurde. Auch er wurde von seinem Vorgesetzten krampfhaft verleugnet, worauf der verhaftete Leutnant entrüstet erklärte, er verstehe gar nicht, wieso ihn sein Major plötzlich nicht mehr kennen wolle, erst gestern noch habe er ihm persönlich 50 Schriftstücke zur Unterschrift vorgelegt! Da kannte man den Mann plötzlich. Will nach diesen Vorkommnissen jemand ernsthaft bestreiten, daß es einfach Methode bei der Reichswehr ist, im Falle unliebsamer Entdeckungen zu leugnen, so lange es irgend geht?! Das Sprichwort sagt: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Und wir sollen dem glauben, der so oft gelogen hat!

Und noch ein Beispiel von Unverfrorenheit: Die Waffenablieferung hat ein überraschend günstiges Resultat gehabt. Mehr als 1¾ Millionen Gewehre, 11 000 Maschinengewehre, 800 Geschütze usw. sind nach Feststellung des Reichskommissars abgeliefert bezw. angemeldet worden. Trotzdem behauptet die reaktionäre „Post" frank und frei, daß die Spartakisten ihre Waffen nicht abgeliefert hätten. Natürlich zu dem Zweck, um zu beweisen, daß die Orgesch und verwandte Organisationen nach wie vor bewaffnet bleiben müßten. Als die Entwaffnung begann, erklärten die Reaktionäre, sie würden abliefern, aber erst, wenn die linksradikalen Elemente entwaffnet wären. Es ist gekommen, wie vorauszusehen war: In den Augen der Gegenrevolutionäre sind die linksradikalen Elemente niemals entwaffnet. Mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen will man den Vorwand zur eigenen Bewaffnung behalten.

Leugnen, Leugnen und abermals Leugnen. — das ist und bleibt die Taktik der Reaktion. Um die Wahrheit zu ersticken, wird Zeitung auf Zeitung aufgekauft. Der Erfolg der Lügentaktik darf nicht unterschätzt werden. Er muß für die Arbeiter ein dauernder Ansporn sein, ihrer Presse die größte Verbreitung zu verschaffen, die überhaupt denkbar ist. Nur so wird es möglich sein, daß die Wahrheit in alle Kreise der Bevölkerung dringt und auch durch das beharrlichste Totschweigen und Ableugnen nicht mehr erstickt werden kann.

W. K.

Revolutionäre Justiz.

Ueber die Reformbedürftigkeit der Gerichtsbarkeit in Deutschland besteht keine Meinungsverschiedenheit. Das Gesetz sowohl wie das Richtertum haben in seiner gegenwärtigen Form abgewirtschaftet. Die Frage ist, was an ihre Stelle zu treten habe. Als Reaktionserscheinung gegen die Mängel unserer Justiz, die als Justiz von der Sozialdemokratie jahrzehntelang gekennzeichnet und bekämpft wurde, macht sich in manchen Arbeiterkreisen, soweit sie politisch den Kommunisten und ihren unabhängigen Freunden angehören, der Wille nach einer „revolutionären Gerichtsbarkeit" bemerkbar. Wie diese in Wirklichkeit aussieht, darüber gibt uns Dr. Franz Rakos Auskunft, der als ehemaliger „Präsident des Budapester Revolutionstribunals und Chef des Kriminalwesens während der Räteregierung in Ungarn" — wie er sich stolz bezeichnet — gewiß als unverdächtiger Zeuge angesprochen werden kann.

Das Ziel der marxistisch-sozialistischen Lehre ist bekanntlich die Ueberwindung des gegenwärtigen kapitalistischen Klassenstaates durch die Errichtung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft. Wie stellt sich der Verfasser der Schrift „Revolutionäre Gerichtsbarkeit" hierzu? Er kennt nur ein Ziel, das er wieder und wieder hervorhebt: die Errichtung des proletarischen Klassenstaates. Mit erfreulicher Offenheit bekennt er:

In jenen Staaten dagegen, in denen die Revolution des Proletariats siegte, in welchen in Gestalt der Diktatur des Proletariats der Staat den Klassencharakter offen annahm, offen ein Klassenstaat, der Klassenstaat des Proletariats wurde, sind die Gerichte offen und unverhüllt proletarische Klassengerichte.

Das ist wenigstens ehrlich gesprochen und hält sich von jeder Sentimentalität fern. Eine derjenigen Bestimmungen des Bürgerlichen Strafgesetzbuches, die von den Sozialisten mit besonderer Schärfe seit jeher bekämpft wurde, ist der Paragraph, nachdem die Verurteilung „wegen Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen und Aufreizung zum Klassenkampf erfolgen muß. Wie bestimmt nun der § 4. Erlaß der ungarischen Räteregierung die Behandlung dieser Frage? Kurz und bündig heißt es im Wortlaut:

Insbesondere ist jeder vor das Revolutionstribunal zu stellen:

1. Der gegen die Räterepublik einen Aufstand schürt oder sich mit einem anderen zu diesem Zwecke verbindet.

2. Der die Verordnungen des Revolutionären Regierungsrates oder der einzelnen Volkskommissare verletzt oder einen anderen hierzu auffordert.

3. Der gegen die Verordnungen der Räterepublik oder der Behörden aufreizt.

4. Der irgend eine Behörde der Räterepublik, deren Mitglied oder Organe in ihrer amtlichen Tätigkeit hindert.

Das heißt also: Die Bestimmungen der bürgerlichen Klassendiktatur werden so gut wie unverändert auf die proletarische Diktatur übertragen. Das Ganze aber soll die „Befreiung der Menschheit durch die Befreiung des Proletariats" herbeiführen.

Neben Klassenzielen gilt auch das „revolutionäre" Strafrecht, dessen Aufgaben von Rakos in folgender Weise bestimmt werden:

Das Strafrecht der Proletarierdiktatur muß ein solches sein, welches die Diktatur des Proletariats, das Ansehen der proletarischen Einrichtungen und Behörden, die soziale Produktion gegen die Konterrevolution der Herren von gestern und ihrer Söldlinge verteidigt. In dem Klassenstaate des Proletariats hat das Strafrecht die Aufgabe, die Herrschaft des Proletariats zu befestigen.

Wenn der Verfasser der erwähnten Schrift am Schlusse seiner Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, daß die Einrichtungen der Proletarierdiktatur „nicht vollkommen" wären (die angewandten Strafen waren: Todesstrafe, Freiheitsstrafe, Zwangsarbeit, Vermögenskonfiskation, Verlust der politischen Rechte und Verweis, im Grunde genommen alles die gleichen wie die der bürgerlichen Gerichte), so können wir dieses Urteil nur dahin ergänzen, daß die revolutionären Gerichte genau so wenig Existenzberechtigung haben, wie die konterrevolutionären der Bourgeoisie.

Ueber die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung von Straf- und Sittenrechten besteht in sozialistischen Kreisen kein Zweifel. Das es aber auf diesem diktatorischen Wege nicht geht, das hat Ungarn und sein furchtbarer Zusammenbruch schlagend bewiesen.

Der Segen der Hohenzollern.

In Hannover hat der deutschnationale Parteitag nicht nur die Republik in der unflätigsten Weise mit Kot beworfen, sondern bei jeder Anspielung auf die Monarchie setzte auch ebensolches Gebölle ein wie bei antisemitischen Krafttausdrüsen. Das einmütige Bekenntnis zur Monarchie, zu dem man sich dort aufschwang, gipfelte auch in einer Verherrlichung der Hohenzollern, ungeachtet dessen, daß deren letzter Vertreter ins Ausland ausgerückt ist. Das hält den Grafen Westarp nicht ab, im Reichstag zu sprechen von „dem Geschlechte der Hohenzollern, das eine gütige Vorsehung dem preußischen Volke beschert hat". Ein Muster dieser Bescherung war auch Friedrich I., unter dessen glorreicher Regierung sich das damalige Preußen nahezu in gleichem Geldnöten befand wie das deutsche Reich heute. Um dem Dalles aufzuhelfen, waren ihm alle Einnahmequellen lieb, und da die Prägung schlechter Münzen, ganz im Stile der heutigen Herrscher im Kreml zu Moskau, nicht genügend abwarf und der Profit dabei nicht so groß war, als der König angenommen hatte, so dachte er besonders sinnreiche Einnahmequellen aus. Eine dieser war folgende: Persiel ein Mädchen in die natürliche Sünde, ohne Priestersegen Mutter zu werden, so mußten die Eltern oder die Verwandten dem König für die Niederkunft ein Strafgeld zahlen. In jener Zeit tat die Baronesse K. den Fehltritt, dem König im zweiten Jahre ihrer Mitwirkung einen Untertanen in die Welt zu leben, natürlich heimlich. Doch der König schrieb ihr mit eigener Hand, daß sie zur Rettung ihrer Ehre alsogleich 13 000 Taler in sein geheimes Zahlamt schicken solle. Sie mußte zahlen und der König erzählte triumphierend die gelungene Maßregel in seinem Tabaks-Kollegium.

Diese Zeiten wünschten natürlich unsere Junker sehnsüchtig zurück, das braucht niemand zu verwundern.

Die Forderungen der Beamten.

Der zweite Beamtentag des Deutschen Beamtenbundes, der mehr als 1¼ Millionen Beamte vertritt, hat am 27. Okt. folgende Entschließung angenommen:

„Der vom 25. bis 27. Oktober 1920 in Berlin tagende zweite Beamtentag des Deutschen Beamtenbundes warnt die Regierung, Volksvertretung und Oeffentlichkeit in zwölfter Stunde, die letzte wirtschaftliche Widerstandskraft der Beamtenschaft durch kurzsichtige Sparmaßnahmen zu vernichten und dadurch das Rückgrat des Staates zu zerbrechen. Voraussetzung für den Erfolg der unbedingt nötigen gerechten Lösung der Besoldungsfrage ist es, daß alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, die Kaufkraft des Geldes zu heben. Während Arbeitslohn und werbendes Kapital bis zur Unerträglichkeit durch Steuern belastet sind, feiert die Spekulation mühelos Triumphe. Der zweite Beamtentag verlangt, daß hiergegen endlich mit rücksichtsloser Energie vorgegangen wird. Insbesondere fordert er, daß jeder Mehrwert an Grund und Boden, der aus der Arbeit der Gesamtheit entsteht, die Grundrente sowie alle arbeitslosen Gewinne aus Monopolen und Valutanot restlos den Zwecken der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Nur hierdurch ist es möglich, die deutsche Volkswirtschaft wieder leistungsfähig zu machen und zu befestigen, nur dann kann mit den Milliardenaufwendungen für die Beamtenbesoldung eine wirkliche und wirksame Besoldungsreform geschaffen werden."

Das Endergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Wien, 31. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen der Hauptwahlbehörde werden im zweiten Ermittlungsverfahren die auf die Reststimmen entfallenden 15 Mandate in folgender Weise verteilt: Großdeutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 4, Christlichsoziale 3, Deutschösterreichische Bauernpartei 1. Der neue, 175 Abgeordnete zählende Nationalrat hat somit folgende Zusammensetzung: Sozialdemokraten 66, Christlichsoziale 82, Großdeutsche Volkspartei 22, Bauernpartei 4 und Bürgerliche Arbeiterpartei 1.

Die Verlobung in St. Domingo.

Erzählung von Heinrich v. Kleist.

Er nahm sich das kleine goldene Kreuz, ein Geschenk der treuen Mariane, seiner abgeschiedenen Braut, von der Brust; und indem er sich unter unendlichen Liebkosungen über sie neigte, hing er es ihr als ein Brautgeschenk, wie er es nannte, um den Hals. Er setzte sich, da sie in Tränen zerfloß und auf seine Worte nicht hörte, auf den Rand des Bettes nieder, und sagte ihr, indem er ihre Hand bald streichelte, bald küßte, daß er bei ihrer Mutter am Morgen des nächsten Tages um sie anhalten wolle. Er beschrieb ihr, welch ein kleines Eigentum, frei und unabhängig, er an dem Ufer der Aar besitze; eine Wohnung, bequem und geräumig genug, sie und auch ihre Mutter, wenn ihr Alter die Reise zulasse, darin aufzunehmen; Felder, Garten, Wiesen und Weinberge; und einen alten ehrwürdigen Vater, der sie dankbar und liebreich daselbst, weil sie seinen Sohn gerettet, empfangen würde. Er schloß sie, da ihre Tränen in unendlichen Ergießungen auf das Bettkissen niederflossen, in seine Arme, und fragte sie, von Rührung selber ergriffen, was er ihr zuleide getan und ob sie ihm nicht vergeben könne. Er schwor ihr, daß Liebe für sie nie aus seinem Herzen weichen würde, und daß nur im Taumel wunderbar verwirrter Sinne eine Mischung von Begierde und Angst, die sie ihm eingeflößt, ihn zu einer solchen Tat habe verführen können.

Er erinnerte sie zuletzt, daß die Morgensterne funkelten, und daß, wenn sie länger im Bette verweilte, die Mutter kommen und sie darin überraschen würde; er forderte ihrer Gesundheit wegen auf, sich zu erheben und noch einige Stunden auf ihrem eigenen Lager auszuruhen; er fragte sie, durch ihren Zustand in die entsetzlichsten Besorgnisse gerissen, ob er sie vielleicht in seinen Armen aufheben und in ihre Kammer tragen solle; doch da sie auf alles, was er vorbrachte, nicht antwortete, und ihr Haupt stillschweigend, ohne sich zu rühren, in ihre Arme gedrückt, auf den verwirrten Kissen des Bettes lag; so blieb ihm zuletzt, hell wie der Tag schon durch beide Fenster schimmerte, nichts übrig, als sie ohne weitere Rücksprache aufzuheben; er trug sie, die wie eine Leblose von seiner Schulter niederhing, die Treppe hinauf in ihre Kammer, und nachdem er sie auf ihr Bette niedergelegt, und ihr unter tausend Liebkosungen noch einmal alles, was er ihr schon gesagt, wiederholt hatte, nannte er sie noch einmal seine liebe Braut, drückte einen Kuß auf ihre Wangen und eilte in sein Zimmer zurück.

Sobald der Tag völlig angebrochen war, begab sich die alte Babekan zu ihrer Tochter hinauf, und eröffnete ihr, indem sie sich an ihr Bett niedersetzte, welch einen Plan sie mit dem Fremden sowohl, als seiner Reisegesellschaft vorhabe. Sie meinte, daß da der Neger Congo Hoango erst in zwei Tagen wiederkehre, alles darauf ankäme, den Fremden während dieser Zeit in dem Hause hinzuhalten, ohne die Familie seiner Angehörigen, deren Gegenwart ihrer Menge wegen gefährlich werden könnte, darin zuzulassen.

Zu diesem Zweck sprach sie, habe sie erdacht, dem Fremden vorzuschlagen, daß einer soeben eingelaufenen Nachricht zufolge General Dessalines sich mit seinem Heer in diese Gegend wenden werde, und daß man mithin wegen allzugroßer Gefahr erst am dritten Tage, wenn er vorüber wäre, würde möglich machen können, die Familie seinem Wunsche gemäß in dem Hause aufzunehmen. Die Gesellschaft selbst, schloß sie, müsse inzwischen, damit sie nicht weiterreise, mit Lebensmitteln versorgt, und gleichfalls, um sich ihrer späterhin zu bemächtigen, in dem Wahn, daß sie eine Zuflucht in dem Hause finden werde, hingehalten werden.

Sie bemerkte, daß die Sache wichtig sei, indem die Familie wahrscheinlich beträchtliche Habseligkeiten mit sich führe; und forderte die Tochter auf, sie aus allen Kräften in dem Vorhaben, das sie ihr angegeben, zu unterstützen.

Toni, halb im Bette aufgerichtet, indem die Röte des Unwillens ihr Gesicht überflog, versetzte, daß es schändlich und niederträchtig wäre, das Gastrecht an Personen, die man in das Haus gelockt, also zu verletzen. Sie meinte, daß ein Verfolger, der sich ihrem Schutz anvertraut, doppelt sicher bei ihnen sein sollte; und versicherte, daß wenn sie den blutigen Anschlag, den sie ihr gestanden, nicht ausgäbe, sie auf der Stelle hingehen und dem Fremden anzeigen würde, welch eine Mördergrube das Haus sei, in welchem er geglaubt habe seine Rettung zu finden.

Toni! sagte die Mutter, indem sie die Arme in die Seite stemmte, und dieselbe mit großen Augen ansah.

Gewiß! erwiderte Toni, indem sie die Stimme senkte. Was hat uns dieser Jüngling, der von Geburt gar nicht einmal ein Franzose, sondern, wie wir gesehen haben, ein Schweizer ist, zuleide getan, daß wir nach Art der Räuber über ihn herfallen, ihn töten und ausplündern wollen? Gelten die Beschwerden, die man hier gegen die Pflanzer führt, auch in der Gegend der Insel, aus welcher er herkömmt? Zeigt nicht vielmehr alles, daß er der edelste und vortrefflichste Mensch ist, und gewiß das Unrecht, das die Schwarzen seiner Gattung vorwerfen mögen, auf keine Weise teilt?

Die Alte, während sie den sonderbaren Ausdruck des Mädchens betrachtete, sagte bloß mit bebenden Lippen, daß sie erstaune. Sie fragte, was der junge Portugiese verschuldet, den man unter dem Torweg kürzlich mit Keulen zu Boden geworfen habe. Sie fragte, was die beiden Holländer verbrochen, die vor drei Wochen durch die Kugeln der Neger im Hofe gefallen wären. Sie wollte wissen, das man den drei Franzosen und so vielen anderen einzelnen Flüchtlingen vom Geschlecht der Weißen zur Last gelegt habe, die mit Büchsen, Spießen und Dolchen seit dem Ausbruch der Empörung im Hause hingerichtet worden wären. Beim Licht der Sonne, sagte die Tochter, indem sie wild aufstand, du hast sehr unrecht mich an diese Greueltaten zu erinnern! Die Unmenschlichkeiten, an denen ihr mich teilzunehmen zwingt, empörten längst mein innerstes Gefühl; und um mir Gottes Rache wegen alles, was vorgefallen, zu verhehlen, so schwöre ich dir, daß ich eher zehnfachen Todes sterben, als zugeben werde, daß dieser Jüngling, solange er sich in unserm Hause befindet auch nur ein Haar gekrümmt werde.

Wohlan, sagte die Alte mit einem plötzlichen Ausdruck von Nachgiebigkeit, so mag der Fremde retten! Aber wenn Congo Hoango zurückkommt, setzte sie hinzu, indem sie um das Zimmer zu verlassen aufstand, und erfährt, daß ein Weißer in unserm Hause übernachtet hat, so magst du das Mitleiden, das dich bewog, ihn gegen das ausdrückliche Gebot wieder abziehen zu lassen, verantworten (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201101-10/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung. Sonnabend, 30. Oktober, 10 Uhr vormittags

Die allgemeine Aussprache zum Reichshaushalt wird fortgesetzt.

Abg. **Schiffer** (Dem.) betont, wir dürfen keine Gelegenheit versäumen, immer wieder in die Welt hinausrufen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Rechtsbruch und eine Vergewaltigung sei.

Redner nimmt sodann gegen die Ausführungen Scheidemanns polemisierend den General von Seeckt in Schutz und die Offiziere. Aber es sei doch anzuerkennen, die strenge Gerichtserfüllung, mit der sie sich der traurigen und schmerzlichen Mitarbeit der Abrüstung unterzogen. Im übrigen habe Recke in General Seeckt zweifellos den ihm treu und zuverlässig erscheinenden Mann berufen. Mag Oberschlesien und die Ausführungen des Grafen von Westarp anbetrifft, so meint er, daß ein Staatsmann die Dinge anders sehen müsse. Auch für Oberschlesien sei die **Sozialisierung** von großer Bedeutung. Diese Sozialisierung müßte noch Fragen des Herrn Scheidemann lassen eine vernünftige sein. Was wolle denn die Bürgerschaft anders, als den Arbeitnehmer neben dem Unternehmer mit Kapital beteiligen und ihm eine maßgebende Stellung einräumen. Auch die gestrigen Ausführungen Heims hätten von großer Liebe und tiefem Verständnis für die Arbeiterschaft gezeugt. Er warnt die Arbeiterschaft, ihre Forderungen zu überspannen, er fordere eine Neuaufnahme der Streikbewegung durch gesetzliche Stärkung der Schlichtungsausschüsse und weist nach, daß die Zwangswirtschaft die doch einen sozialistischen Gedanken habe, uns nicht habe retten können. Redner geht auf den Etat ein und fordert Sparsamkeit.

Der Unwille und das Mißtrauen der Arbeiter gegen den Abzug der 10 Prozent sei verständlich, da diese nicht überzeugt seien, daß auch die Reichen entsprech ed herangezogen würden. Die Sozialdemokratie dürfe sich nicht beklagen, wenn sie nicht wolle, daß ohne sie regiert werde. Er erwarte aber auch von der Regierung, daß sie nicht immer noch der Sozialdemokratie hinschiele, andererseits müsse diese ewige Unruhe und die Gerüchte von Ministerkürzerien aufhören, damit endlich einmal die Hand an den Aufbau gelegt werden könne.

Abg. **Däumig** (U. S. links) erkennt an, daß in den Reden der Minister ein Kern der Wahrheit liege. Er polemisiert gegen die Rechte und fragt, ob sie wirklich glaube, die Monarchie wieder aufrichten zu können, sie werden es niemals fertig bekommen. Wir wissen, daß es mit ihnen einen Kampf auf Leben und Tod geben wird. Darauf bereiten wir uns vor. Der Versailler Vertrag sei nur das Echo des Versuches von Brest Litowsk. Der Entente könne jetzt keine andere Macht entgegentreten als die organisierte Arbeiterschaft. Nicht nur in Westpreußen, nein, auch in England merken sich schon die Anzeichen ihres Wirkens bemerkbar. Andererseits sei aber zwischen dem französischen und deutschen Militarismus kein Unterschied, und wenn es gegen die Arbeiterschaft oder den Bolschewismus gehe, reichen beide sich im Dienste des Kapitalismus hin. Uns liegt nichts an der Sozialisierung. Wir wollen den Sozialismus, und zwar gleich und werden für ihn kämpfen mit unserem Blut. Auch die Hilfsmittel, welche hier empfohlen sind und insonderheit das Rezept des Abg. Heim gefallen uns nicht. Wir wollen die Enteignung. Der Weltkrieg hat andererseits die wirtschaftliche Lage der Arbeiter herabgedrückt, andererseits wieder Selbstbewußtsein gegeben. Dieses Selbstbewußtsein will sich den Unternehmern gegenüber betätigen, und wir bemerken, daß die Arbeiterschaft mit Erfüllung ihrer Wünsche steigen wird, aber täuschen wir uns nicht, der Sozialisierungsgedanke marschiert nicht. Wir werden nichts erreichen, und die Vorschläge, die hier gemacht wurden, sind nur Attrappen des Kapitalismus. Woher sollten z. B. diese armen Hascherln von Kommunen die Mittel zur Kapitalbeteiligung nehmen? Eine Sozialisierungs-Unternehmung der Unternehmer sei eine Farce, eine andere Sozialisierung werde sich aber in diesem hohen Hause nicht durchführen lassen. Die Arbeitseinstellung kragt nicht nach der politischen Zugehörigkeit der Arbeiter. Auch die Schwierigkeiten der Ernährung machten vor dieser Zugehörigkeit nicht halt. Deshalb gehörten die Arbeiter geschlossen zusammen. Alle Zeitereignisse müssen ausgenützt werden, um die Mobilmachung der Arbeitschaft vorzubereiten. Die kommunistische Partei werde deshalb ihre Kräfte einsetzen, um die Arbeiterschaft aufzupeitschen, damit endlich diesem parlamentarischen Plunder ein Ende gemacht werde und die sozialistische Welt geschaffen werde. An dem Verbrechen des zaristischen Rußland gegen das russische Volk habe niemand bei uns Anstoß genommen. Bleibe es aber dabei, daß Minister Simons zu General Wrangel eine Haltung der Courtoisie beobachten wolle, lege er ihm schon jetzt den schärfsten Kampf an. Die Reichswehr muß verschwinden. Die Entwaffnung hat dafür gesorgt, daß die Arbeiterschaft entwaffnet wurde. Die Orgesch-Organisationen seien dagegen völlig gerüstet. Die Arbeiter aber seien auf ihrer Hut und würden zielbewußt dieser Macht eine andere gegenüberstellen. Die ganze Steuermacherei sei ein Unsinn unserer Gesetzmacher, Lug und Trug, das parlamentarische System ein Hohn, nur das Rätesystem ist geeignet, das Recht der Arbeiterschaft zu wahren.

Hermann **Müller** (Soz.). Crispien und Däumig haben nur Agitationsreden gehalten zu dem Zweck, hier und im Lande bei ihren Anhängern Eindruck zu schinden. Wir sehen unsere Aufgabe aber darin, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. (Sehr gut!) Den Protest des Casseler Parteitages gegen die Zerstörung der Diesel-Motoren wiederhole ich auch hier im Reichstage. Dem Proteste gegen die Ueberfälle der Belahungstruppen schließen wir uns an, wie wir auch mit den anderen Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind — Auf dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir baldigst das Schulgesetz und hoffen, daß ihm bald ein Lehrerausbildungsgesetz folgen möge. (Beifall links!) Im sozialpolitischen Ausschuß hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten vorenthalten. Höchst sonderbar ist das Verhalten der Deutschnationalen, die als einzige Partei in diesem Hause gegen die Autonomie von Oberschlesien Stellung nehmen. Das zeigt, daß sie das alte konservative Unverständnis für die Volksseele übernommen haben. (Sehr richtig!) Vom Parteistandpunkt aus hatten wir natürlich kein Interesse daran, ob dieses Verständnis vorhanden ist oder nicht, aber wir stellen die Interessen des Landes über die der Partei. (Lebhafter Beifall!) Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen undurchführbaren Bestimmungen muß und wird kommen. (Sehr richtig!) Aber die Politik der Deutschnationalen ist wohl der falsche Weg dazu, den man überhaupt einschlagen kann. Die Deutschnationalen haben eben nichts gelernt und nichts vergessen. (Sehr richtig!) Das hat auch ihr Parteitag deutlich gezeigt. (Sehr wahr!) Wenn wir eine Revision des Friedensvertrages herbeiführen wollen, müssen wir immer und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß ein neuer Geist in das deutsche Volk eingezogen ist. (Beifall!) Redner weist dann die Angriffe des Grafen Westarp gegen das Verhalten der deutschen Delegation auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf zur Schuldresolution zurück. Wir hatten keine Veranlassung, uns schützend vor die Verbrecher der Wilhelmstraße und am Ballplatz zu Wien zu stellen. (Sehr richtig!) Wir haben aber ausdrücklich festgestellt, daß der tiefere Grund für den Ausbruch des Krieges im kapitalistischen System überhaupt lag. Herr Geßler hat gegen Scheidemann ein Temperament aufgebracht, das wir im Reichswehrministerium an ihm leider sehr haben vermissen müssen. (Sehr gut!) Er hat die Vorwürfe Scheidemanns nicht entkräften können, und wir werden beim Militäretat noch im Einzelnen auf sie zurückkommen. Die Reichswehrfrage ist die Kernfrage der Zukunft der Republik. Wenn die Reichswehr kein Werkzeug zum Schutze der Republik ist, hat sie ihre Daseinsberechtigung verloren (Sehr richtig!) Wir bekämpfen alle reaktionären Bestrebungen, die im Hakenkreuz ihr Symbol finden. Wir bekämpfen den Revanchegedanken auf das allerentschiedenste, denn die Revanche ist vollkommen und würde nur neue Gefahren und neues Elend über Deutschland bringen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Die Arbeiterschaft wird trotz der augenblicklichen beklagenswerten Zerspliterung jeden Versuch zur Führung eines Krieges unmöglich machen. (Beifall!) Der Völkerbund wird erst dann vollständig sein, wenn Deutschland und Rußland in ihm aufgenommen sind. Wir müssen alles tun, den Völkerbundsgeist bei uns zu stärken (Beifall!) Der Redner befaßt dann an einer großen Reihe von Aeußerungen der Reichsparteien, daß die Reichsparteien im November 18 das monarchische System preisgegeben haben. Gegenüber dem Grafen Westarp stelle ich fest, daß Wilhelm II, die Beamten, also auch den damaligen Staatssekretär Scheidemann am 9. November vom Throne entbunden hat; die Herren Geßler usw. würden sonst sicherlich keine Pensionen von der Regierung annehmen. (Zurufe: Nana und Heiterkeit) Zu einem lebhaften Entrüstungssturm der Rechten kommt es dann, als Redner den früheren Kaiser als „Deserteur von Amerongen" bezeichnet. Nach Wiederherstellung der Ruhe verlangt der Redner von der Regierung, daß sie sich die Führung in der Frage der Neugestaltung Preußens nicht entreißen lassen solle. Wenn in Bayern die Monarchie ausgerufen werden sollte, dann wird das die bayrische Arbeiterschaft zum schärfsten Kampfe herausfordern. Die Ausrufung der Monarchie in München würde die Ausrufung der Nordbayerischen Republik zur Folge haben. Bayern hat kein Recht Verträge mit ausländischen Staaten abzuschließen. (Sehr richtig!) Größte Aufmerksamkeit erfordert das neue Baltikumabenteuer in Litauen, wo Major Bischoff wieder sein Unwesen treibt. Zuruf links: Für wen ist das bestimmt? Wohl für die Entente? (Starke Entrüstung, Zurufe rechts: Für Sie!) Das sind die Leute, die auf dem pommerschen Gütern gesammelt wurden (Sehr richtig!) Auch Werbungen für die Armee Wrangel sind festgestellt worden. Warum wird die Reichswehr nicht zur Verstärkung der schwachen Grenzbesatzung verwendet? (Sehr richtig!) Wenn die vollziehende Gewalt, repräsentiert durch General Dassel, nicht stark genug ist, einzuschreiten, dann muß sie eben an die bürgerlichen Gewalten übergehen. (Sehr richtig!) — Bei der Besprechung des Entwaffnungsgesetzes fordert der Redner die schärfsten Maßnahmen gegen die bayerischen Einwohnerwehren und fragt an, was auf die Note des Generals Nollet geschehen sei. Die Anwesenheit Ludendorffs in Bayern zeigt die Gefährlichkeit dieses reaktionären Herdes. Er kritisiert unter steigender Unruhe rechts die Wohnungsnot und nimmt dann Stellung zu der Behauptung Trimborns, daß die Sozialdemokraten die Regierung stürzen und Neuwahlen erzwingen wollten. Die Bewährungsfrist der Regierung ist unseres Erachtens nach noch nicht abgelaufen. (Zurufe) Der Deutschen Volkspartei wollen wir erst noch Gelegenheit geben, ihr Wiederaufbauprogramm durchzuführen. (Beifall links! — Unruhe rechts!) Gegenüber der Auffassung Dr. Heims, halten wir die Sozialisierung der Kohlengruben für notwendig, weil die Kohle das wichtigste Produktionsmittel ist. Daß wir nicht an eine Verstaatlichung denken, zeigt doch unser Entwurf deutlich genug. (Sehr richtig!) Die Notlage des Bergarbeitergebietes in der Ernährung fordert ebenfalls baldige Beruhigung der Arbeiterschaft. Der Arbeiter darf nicht nur Objekt, sondern er muß Subjekt in der Produktion und in der Wirtschaft werden. Dazu wird unser Kampf in diesem Winter über die Etappe der Sozialisierung des Kohlenbergbaues führen. Lebhafter Beifall!)

Reichswehrminister **Geßler** bezeichnet es als unerhört, wenn solche Uebertritte in Ostpreußen erfolgt sein sollten wie der Vorredner sie soeben besprochen habe. Er habe noch eben in einem Ferngespräch vom Oberpräsidenten von Ostpreußen erfahren, daß die Gerüchte von einem Uebertritt mit Geschützen **stark übertrieben** wiedergegeben seien. Seit dem 15. Oktober habe niemand mehr die Grenze überschritten.

Nach einer Reihe **persönlicher Bemerkungen** darunter des Abg. **Wulle** (Dn.), bittet der Präsident, den Etat einstweilen dem Haushaltsausschuß zu überweisen, die Beratungen aber fortzusetzen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Preußische Landesversammlung.

Der Kampf um die Verfassung — Staatsrat und Provinzautonomie.

Im Preußenhause dauerte am Sonnabend der Kampf um die Ausgestaltung der Verfassung mit unverminderter Schärfe an. Er hat sich nun auf das Kernstück des ganzen Werkes konzentriert, den Staatsrat. Nach dem Entwurf des Ausschusses soll der Staatsrat eine Vertretung der Provinzen bei der Staatsverwaltung und Gesetzgebung sein. Die Rechte möchte aus ihm gar zu gern eine Erste Kammer berufsständischer Observanz machen und der Reichsmachbängige **Obouh** — der viel geistreichere Dr. Cohn war leider wohl verhindert — lehnt dieses „reaktionäre Gebilde" rundweg ab. Die bisherigen Koalitionsparteien sind zwar für die Annahme des Staatsrats in der vorgeschlagenen Form, doch sehen sie ihm zum Teil mit gemischten Gefühlen gegenüber. Namentlich die Sozialdemokraten verkennen nicht die Gefahren, die in einer zu weitgehenden Selbständigkeit der Provinzen und zu starkem Einfluß des Staatsrats liegen können. Auch in dieser Frage kommt es indessen weniger auf die Form an als auf den Geist, der später in sie durch die ihr wirkenden Menschen hineingegossen wird. Daraus erklären sich so manche Widersprüche, zum Beispiel der, daß die Sozialdemokraten sowohl wie die Rechte für ein starkes Preußen eintreten, die einen, weil sie Preußen als einen Hort der Revolutionserrungenschaften, die anderen, weil sie es für einen Hort der Reaktion halten. Dagegen erstreibt neuerdings das Zentrum eine starke Provinzautonomie auf Kosten des preußischen Staates, aber zu Gunsten der Reichseinheit. An dem ersten Punkt treffen sie sich mit der Rechten, in dem zweiten mit unsern Genossen. Das Interesse an der andern übrigen Debatte tritt heute zurück hinter der Aufmerksamkeit, mit der man den Ausführungen des Genossen **Heilmann** und des Bonner Universitätsprofessors **Lauscher** (Ztr.) lauscht. Diese beiden sind vielleicht die gewandtesten Redner des Hauses und sie gewähren dem Zuhörer stets nicht nur einen rethorischen Genuß, sondern eröffnen ihm auch neue Perspektiven. Weil dem ehemaligen rheinischen Abtrennungspolitiker Lauscher ist besonders interessant, wie geschickt er sich gemausert hat. Er will eint nicht die Loslösung vom Reiche gewollt haben, sondern nur eine größere Selbständigkeit der Rheinlande von Preußen, das angeblich die Katholiken einst unterdrückt hat. Jedenfalls arbeitet er jetzt bewußt auf die Auflösung Preußens hin, auf das Verschwinden dieser „Kulisse", die zwischen den Provinzen und dem Reiche steht. Genosse **Heilmann** wußte ihm darin widerzureden; für die Einheit Deutschlands wird das neue Preußen niemals ein Hindernis sein, es ist besser, wenn ein starkes Preußen in das Reich hinübergeführt wird. Die übrigen Redner wurden dagegen kaum beachtet. Der **Gewalt** von der Deutschen Volkspartei stimmte mit meinerlei Stimme das Preußenlied an und forderte dadurch einen Beifallssturm seiner Freunde und das Lachen der Linken heraus, die andern vermochten nicht einmal das. Schließlich fiel es im allgemeinen doch bei der Ausschußberatung. Am Donnerstag nächster Woche soll die Beratung fortgesetzt werden.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Kassel, 30. Oktober. Die „Hessische Post" meldet aus Hannoversch-Münden: In der vergangenen Nacht ereignete sich auf der Strecke Münden—Hedemünden in der Nähe der großen Brücke an der Werra ein schweres Eisenbahnunglück. Eine Rangiermaschine fuhr mit voller Wucht in einen entgegenkommenden Güterzug. Die Rangiermaschine, die Maschine des Güterzuges und 17 Waagen wurden vollständig zertrümmert. Ein Bremser war sofort tot, schwer verletzt wurden drei Eisenbahner. Der Sachschaden beträgt etwa eine Million Mark. Der Verkehr nach Hedemünden wird eingleisig aufrecht erhalten. Dieses Eisenbahnunglück ist in kurzer Zeit das vierte in der Mündener Gegend.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pressefreiheit in Ungarn.

Budapest, 31. Oktober. Die ungarische Regierung hat im Verordnungswege die Pressezensur aufgehoben und zur Erleichterung der Arbeit der Presse eine Kommission für Presseinformation gebildet. Ein offiziöser Kommentar betont die Absicht der Regierung, die volle Pressefreiheit wiederherzustellen. Die Auflösung der Zensurkommission sei bereits ein wichtiger Schritt zum völligen Abbau der durch die Staatsinteressen erforderten Beschränkungen. Die Informationskommission werde ausschließlich im Interesse der Presse gebildet und beruhe auf gegenseitigem Vertrauen.

Ein deutschfeindlicher englischer Gelehrter.

Amsterdam, 30. Oktober. In einem Schreiben an die „Times" verwirft der Vizekanzler der Universität Oxford öffentlich das Schreiben der Oxforder Professoren an die deutschen Gelehrten und erklärt, daß die Universität Oxford in keiner Weise dafür verantwortlich sei, oder etwas mit dem Schreiben zu tun habe. Die Professoren hätten das Recht, im Namen der Universität Oxford zu sprechen, weder besessen noch für sich in Anspruch genommen.

Die neue Steuergesetzgebung.
Ratgeber
für Arbeitnehmer, Beamte, Handwerker
von
Walter Loeb.
Einführung und Erläuterung über:
Die Reichsabgabenordnung (Gesetz vom 13. 12. 1919)
Das Reichseinkommensteuergesetz (Ges. v. 29. 3. 1920)
Das Kapitalertragssteuergesetz (Gesetz vom 29. 3. 1920)
Das Reichsnotopfer (Gesetz vom 31. 12. 1919)
Das Landessteuergesetz (Gesetz vom 20. 3. 1920)
Preis 5.40 M.
Vorrätig in der
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 57.
Auf Wunsch erfolgt die Zustellung auch durch die Zeitungsträgerinnen.

A. HUTH & Co. Halle a. S., Grosse Steinstrasse Marktplatz
empfehlen mit Rücksicht auf die neuerliche Preis-Steigerung den
Winter- und Weihnachts-Bedarf
jetzt zu decken, da durch rechtzeitige Abschlüsse Preis-Vorteile gebolten werden.
Damen-Hüte, Kinder-Hüte, Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Unter-Röcke.
Winter-Sport: Sport-Kostüme, Sport-Jacken, Châles, Mützen, Gamaschen, Handschuhe, Westen, Unter-Kleidung, Sport-Pelze, Pelz-Mäntel, Stolas, Muffen. Eigene Kürschnerei im Hause.
Mädchen-Kleidung, Knaben-Kleidung, Damen-, Herren u. Kinder-Wäsche, Kleider-Stoffe, Seiden-Waren, Gardinen, Teppiche

Hygienische Frauenartikel, Monats-Tropfen, Gummiwaren, Frauenspülspritzen usw. Illustrierte Preisliste verlich off. gen. Rückporto durch Versand-Germania, Halle S. 2 Landsberger Straße 5 I.

Seilerwaren
Bindegarn, Hanf, Bindfäden, Rohr, Bürsten, Besen, Peitschen, Holzwaren.
Polstermittel
Garne — Zwirne — Stoffe.
Wünsch & Kaps
Gross- u. Kleinhandel
L.-Wittenbergerstr. 1a.
Fernruf 5572.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192011 01-10/fragment/page=0003

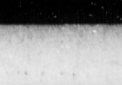
Die schönsten

Ulster

Raglan u. Schlüpfer
Paletots — Joppen
Anzüge — Hosen

Meine Schaufenster zeigen die neuesten Modelle u. billigsten Preise.

Julius **Hammerschlag,** Gr. Ulrichstr. 36



C. W. Trothe, Opt. Anstalt
Gegr. 1316 Fernspr 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Billige Angebote!

Hemdentuch	23.— 17.—	16—
Bunter Barchent für Männer-Hemde:		19—
Weisser Barchent für Hemden	26.—	20—
Handtücher, Gerstenkorn		12⁵⁰
Fertige Bettbezüge weiss mit Kissen	240.— 180.—	130—
Fertige Bettbezüge bunt geblümt, prima Ware	190.—	145—
Inlett prima echt rot und federdicht	45.—	28—
Flausch, prima, verschied. Farben 130 cm breit,	100.— 85.—	72—
Flausch, reine Wolle		98—
Manschester grau, braun, marine		78—

Geschw. Wolff,
Halle (Saale), Leipziger Strasse 37, gegenüber dem Roten Ross.

Sselam Aleikum
Der gosse Film
Vorspiel und sechs Akte.
In den Hauptrollen:
Walter Soomer, Lothar Körner, Cläre Harten-Mederow, Käthe Wittenberg, sämtl. in Leipzig.
Vorführung: 5.00 8.00 Uhr.

O, du armer Jonathan!
Prächtiges Lustspiel in drei Akten
mit
Marta Walter Emil Sondermann
Vorführung: 4.00 6.45 9.45 Uhr.

Die neuesten Wochenberichte.

Stadt-Theater
Dienstag, den 2. Nov., An'g. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Der fidele Bauer.
Mittwoch: **Penthesilea.**

Apollo-Theater
tägl. 7½
Heute zum 1. Male:
In glänz. Ausstattung:
Die **Frau im Hermelin**
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
In den Hauptrollen:
Else Enera v. Theater d. Westens, Berlin
Kurt Lissen v. Operettentheater Bremen
Theo Lucas, Erna Sellen, Fr. Menar, M. Meinecke, G. Fuchs, M. Regensburger
Vorverkauf 9 -1, 5—6.

Reparaturen an Uhren übernimmt bei tadell. Ausführ. zu normal. Preis.
H. Lerner,
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

U.T
Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1294. | Alte Promenade 11a. Fernruf 5788.

Heinrich Peer in dem spannungsvollen Detektiv-Abenteuer aus dem Artistenleben
Das **ausgeschnittene Gesicht.** 5 Akte. 5 Akte.
Vorführ.: 1.20, 6.30, 8.50.

POLA NEGRI im Drama einer durch Schönheit zu Glück und Reichtum gekommenen Frau.
Das **Martyrium.** — 5 Akte. —
Vorführ.: 4.50 7.00 9.20

Prof. Rehbein verliebt sich. Posse in 1 Akt mit Leo Peukert.
Der Mörder. Lustspiel in 3 Akt. m. Gerh. Dammann, Hansi Deege.
Von Schreibtisch und Werkstatt.
Die neuesten Wochenberichte.
Beginn: Wochentags 4 Uhr.
Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.
Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

Weißenfels

Am Mittwoch, den 3. November 1920, nachmittags 6 Uhr,

findet im Stadtverordnetensitzungssaale Sitzung der Stadtverordneten statt, wozu ich die Mitglieder des Kollegiums ergebenst einlade.

Tagesordnung:

1. Neuregelung der Ruhegehälter von städt. Beamten pp.
2. Gewährung einer einmaligen Entschädigung an einen Beamten a. D.
3. Herrichtung eines Zimmers sowie eines weiteren Klosetts im Krankenhaus (Walthersitz).
4. Bewilligung von Mitteln zur Anschaffung eines Kumpf-Lichtbades für das Krankenhaus.
5. Bewilligung von Mitteln für das städtische Orchester.
6. Ueberchreitung von verschiedenen Abschnitten des Haushaltsplanes 1920.
7. Desgleichen
8. Bewilligung von Mitteln für die Instandsetzung des Neustadtkinderhorts.
9. Neuregelung der Entschädigung für die Presse.
10. Regelung der Stromlieferungsbedingungen für die Industrie usw.
11. Nachbewilligung von Mitteln für Einmauerung eines Kessels und Ekonomisers im Elektrizitätswerk.
12. Nachbewilligung von Mitteln für die Staubkanaleinrichtung und für den 2. Wasseranschluß im Elektrizitätswerk.
13. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung einer Transformatorenstation.
14. Bewilligung von Mitteln für Reparaturarbeiten in einem städtischen Gebäude.
15. Bewilligung von Mitteln für die Wirtschaftseinrichtung des Volkshauses.
16. Verkauf von städtischen Gebäuden.
17. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf eines Grundstückes und zum Ausbau desselben zu Wohnungen.
18. Beschlußfassung über die Berechtigung zur Ablehnung eines Stadtverordnetenmandats.
19. Ersatzwahl zur Wirtschaftskommission des Volkshauses.
20. Wahl von Bezirksvorstehern und Stellvertretern.

Weißenfels, den 29. Oktober 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Junghans.

Ausgabe von Brotmarken pp. an Nachzügler.

Montag, den 1. November letzter Tag zur Ausgabe von:

Brotmarken für den Versorgungsabschnitt v. 25.10.—21.11. unter Kürzung der Woche vom 25.—31. 10.
Zuckermarken für November sowie Sonderzuteilung von Zucker
Zuckermarken für Gewerbebetriebe
Milchkarten und
Kartoffelkarten an diejenigen Personen, die sich zum Bezuge von Kartoffeln angemeldet haben.

Bis Montag 1 Uhr mittags nicht abgeholte Brotmarken, Zuckermarken pp. können nach diesem Tage nicht mehr ausgehändigt werden.

Etwa eingehende Anträge finden keine Berücksichtigung.

Weißenfels, den 30. Oktober 1920.

Der Magistrat.
Städt. Lebensmittelamt.

Kartoffelkarten-Ausgabe.

Am Freitag, den 29. und Sonnabend, den 30. 10. 20 kommt eine neue Kartoffelkarte für die Haushaltungen zur Ausgabe. Die ihren Kartoffelbedarf in der Zeit von 27. 9. bis 2. 10. 20 bei der Stadt angemeldet haben, mußten auch für die welche im Ganzen beliefert zu sein wünschten.

Altstadt.

Von 8 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags in der Markenausgabestelle Körperstraße 8 und zwar
Tisch I Buchstabe A-H
Tisch II Buchstabe I-R
Tisch III Buchstabe S-Z.

Neustadt.

Von 2 bis 6 Uhr nachmittags im Grundstück Merseburgerstraße 50 (Polizeiwache).

In beiden Lokalen werden Nachzügler am Montag den 1. 11. 20 vormittags von 8 bis 12 Uhr abgefertigt.

Die Aushändigung der neuen Karte geschieht nur gegen Rückgabe der alten.

Haushaltungen, die sich, obschon bei der Stadt angemeldet, inzwischen selbst mit Kartoffeln eingedeckt haben, haben keinen Anspruch auf Belieferung seitens der Stadt, sie erhalten mithin auch keine neue Karte.

Weißenfels, den 28 Oktober 1920.

Der Magistrat.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 1. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 gr zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.

Haupt. 0001—0050.

Die Abholung hat bis zum 1. November mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Weißenfels, den 1. November 1920.

Der Magistrat.

Bestes Aufwasch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!

Man spart Arbeit Seife und Geld!

Zu haben in:
Colonialwaren-, Drogen-Küchengeräte- und Seifenhandlungen.

Prämiiert „Hygiene" Dresden 1911

Hersteller:
Chem. Werke Kemmlitz G. m. b. H.
Kemmlitz-Mügeln
Bez. Leipzig.

Bezirks-General-Vertrieb
Fa. Hermann Jentzsch, Leipzig-Sellerhausen.

Billig!
Bücklinge 5 20 Pfund nur
Frische **grüne Heringe**
Karl Pfeiffer, Neumarktfischhalle, Geiffr. 33. Tel. 6658.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4025.

Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Plätten, Oefen in großer Auswahl billigst.

Lerne reden
durch Fritz Müller: **Die Kunst der freien Rede**
Preis 2 Mark und 20% oder
Ed. David: **Referentenführer**
Preis 4.80 Mark u. 20%
Verlag der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Schieben Sie!

Ihren Bedarf an **Schuhwaren** nicht länger auf, sondern kommen Sie, wenn möglich, gleich nach

Schuhhaus Roland, Steinweg 19.

Ich liefere Ihnen noch wirklich gute, aber
auch sehr preiswerte Schuhwaren aller Art.

		20—22	23—24	25 26
Kinder-Leder-Stiefel		39,50	49,50	56,50
Rindbox-Lederstiefel	Gelegenheitskauf 31/35	108	27/30	98,50
Burschen-Stiefel, Rindbox	streng solides Fabrikat und Materiel		36/39	138
Damen-Schnürhalbschuh	mod. Form, Roß-Chevreaux, Lederbrands., Lederfutter			98
Damen-Lederstiefel	in verschied. Lederarten, nur beste Ausführ. 169 164 148			128
Herren-Prima-Rindbox-Stiefel	in bester Beschaffenheit u. Leder-Ausführ.			179
Herren-Prima-Roßchevr.-Stiefel	eleg. Ausführ., mod Form. Lack			184
Neu eingetroffen! Herren-Prima Rindbox-Zugstiefel	beste Passform, gute Lederausführung			189
Braune Herrenstiefel	wie bekannt gut			198

Schuhhaus Roland, Steinweg 19.

Uhren, Gold- u. Silberwaren
Fugenlose Trauringe
kaufen Sie gut und preiswert bei
Gottfr. Schraut, Uhrmacher, Schmeerstr. 4.
Reparaturen schnell und billigst.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstraße 51 Fernruf 4681
Der Schatten einer Stunde!
Ein Frauenschicksal in 5 spannenden Akten.
In der Hauptrolle: Hella Moja.
Des grossen Erfolges wegen bis Donnerstag verlängert!
Persönliches Auftreten des Herrn Karl Victor Plagge, **„genannt Karlchen!"** in seinem reizendem Lustspiel
3 Akte. **Der Prinz von Montecuculi** 3 Akte.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.
Wochentags Einlass 3½, Beginn 4 Uhr.
Sonntags Einlass 2½, Beginn 3 Uhr.
Bei diesem Spielplan sind die kleinen Preise aufgehoben! Es wird höfl. gebeten, nach Möglichkeit die Nachm.-Vorstellg. zu besuchen.

MODERNES THEATER
Neue Promenade 8.
7 Uhr: 7 Uhr:
Kabarett-Varieté
Heute Montag: Der grosse November-Spielplan. 12 Attraktionen.

Deutscher Eisenbahner-Verband

(Ortsgruppe Halle a. S.)

Dienstag, den 2. November 7 Uhr abends im Südpalast Leipzigerstraße.

Vollversammlung der Betriebsräte

Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Unbedingtes Erscheinen aller Betriebsräte und deren Stellvertreter ist erforderlich.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Ausweises.

Die örtliche Betriebsräteverwaltung.

Die Deutschen Parteiprogramme
von Dr. Felix Salomon
Professor der Universität Leipzig.

Der Verfasser hat unter Mitwirkung anderer Autoren und Verwendung von Problamationen der politischen Parteien eine wichtige Sammlung über deren Programme und Aufrufe an das öffentliche Leben aus der Zeit vom Beginn der Revolution, November 1918 bis zum neuen Reichstag 1920 zusammengestellt.

Jeder Politiker muß diese Schrift zur Hand haben, wenn er sich politisch bilden und mit den gegenwärtigen politischen Parteien in den drei zurückliegenden weltgeschichtlich wichtigsten Jahren beschäftigen will.

Die aus dem Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin stammende Schrift ist in der

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27 zu haben.

Preis Heft I 4.35 Mark.
„ II 3.60 „
„ III 10.50 „

Reine Pfirsichmarmelade
„ Aprikosenmarmelade
„ Pflaumenmarmelade
„ Himbeermarmelade
„ Apfelmarmelade
„ Kirschmarmelade
„ Reineclaud.-Marmel.
„ Stachelbeer-Marmel.
Weissenfelser Marmeladenfabrik
Ladenverkauf: Jüdesstrasse 27.

Rolladen Jalousien Markisen usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl Brauhausstr., Fernspr. nur noch 5849.

Kolossal billig!
Dienstag früh eintreffend:
1 Waggon blutfrische
Grüne Heringe 290 Pfg. das Pfund nur
Auch bei größtem Andrang brauchen Sie nicht zu warten, wir fertigen in einer Stunde 4—500 Kunden ab.
Nordsee Deutschlands größter Fischhandel.

Stellen finden.

Stenotypistin
und sichere Maschinenschreiberin dauernd für Nachmittagsstunden ges. Meldungen mit handschr. Offerte an Verlag Volksstimme, G. m. b. H., Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201101-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Revolutionsfeier. Am Dienstag, den 9. November, abends 7 Uhr veranstaltet der Sozialdemokratische Verein „Hallisches", Lindenstraße, eine Feier zur Erinnerung an die politische Machtergreifung durch das Volk am 9. Nov. 1918. Der Abend wird in würdiger Weise durch Konzert, Gesang, Rezitationen und eine Ansprache ausgefüllt werden. Wir bitten die Genossen, schon jetzt rege zum Besuch dieses Abends zu agitieren. Programme zum Preis von 3 Mk. vom Dienstag ab im Verlag, dem Parteisekretariat und Redaktion zu haben.

Ortsstands- und Stadtverordnetenfraktion der S.P.D. Halle. Dienstag, den 1. November, abends 8½ Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus gemeinschaftliche Sitzung. Wichtige Angelegenheit.

Gemeinschaftliche Vorstandssitzung des Bezirksvorstandes Halle und des Vereins Halle am Dienstag, den 2. Nov., abends 8 Uhr, in Wildorfs Gesellschaftshaus. J. A.: Drescher, Vorsitzender.

Funktionärsitzung. Am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Funktionärsitzung. Stellungnahme zur außerordentlichen Bezirkskonferenz. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer. Zusammenkunft nicht Dienstag, sondern am 3. November.

Referentenvereinigung. Donnerstag, den 4. Nov. 1920, abends 7½ Uhr, Referentenabend. 1. Vortrag des Gen. Ebel über das Thema „Die Geschichte der Gewerkschaften bis zum Sozialistengesetz. 2. Die Sozialdemokratie und die materialistische Geschichtsauffassung. Referent Genosse Thronicker-Weißenfels. Alle Referenten und alle, die sich für die Diskutierabende interessieren und bilden wollen, sind herzlich eingeladen. Auf diese beiden wichtigen Vorträge wird hiermit besonders hingewiesen.

Frauenversammlung. Am Freitag, den 5. November 1920, abends 7½ Uhr, im großen Saal des Schutzheim-Restaurant, Reileburger Straße 10. Thema: Berichterstattung vom Reichsfrauentag in Cassel. Referentin: Genossin Marie Lipert. Gäste sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Montag, den 1. November, abends 8 Uhr bei Wilsdorf, Karlstraße 14, Zusammenkunft. Tagesordnung: Besprechung zu den philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms (Vorsitzender). Seite 10 des Programms der Sozialdemokratie.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 1. November 1920.

Streik der Magistratshilfsangestellten.

Vom „Zentralverband der Angestellten" wird uns geschrieben:

Die Hilfsangestellten des Magistrats hielten gestern vormittag im großen Saale des „Volksparks" in Gemeinschaft mit den städtischen Arbeitern eine Versammlung ab, in welcher Stellung zu dem Verhalten des Magistrats gegenüber den Forderungen der beiden Körperschaften genommen werden sollte. Seit Juli 1920 forderten die städtischen Hilfsangestellten angesichts der auf allen Gebieten des menschlichen Bedarfes eingetretenen ungeheuren Preissteigerung eine wenigstens einigermaßen ausgleichende Lohnerhöhung. Der Magistrat lehnte die eingebrachten Vorschläge ab. Der daraufhin angerufene Schlichungsausschuß sprach in seiner Sitzung am 12. 8. 1920 den Hilfsangestellten eine umgewertete Verhältnisse an der Höhe ihres Einkommens entsprechende Lohnsteigerung um 10—25 Proz. zu. Die Hilfsangestellten erklärten sich mit dem Spruch des Schlichungsausschusses, trotzdem das Schiedsgericht in ihrer Forderung zu ihrer Forderung kümmerlich fand, einverstanden; der Magistrat aber lehnte auch diesen Spruch ab, worauf die Hilfsangestellten beim Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten. Der Regierungspräsident lehnte jedoch in einer Eigenschaft als Demobilmachungskommissar den Spruch des Schlichungsausschusses gleichfalls ab mit der Begründung, daß die Streiks der Lebensmittel in letzter Zeit nicht wesentlich gegangen seien, der Magistrat von Halle überdies keine Mittel zur Verfügung habe, der materiellen Seite des vom Schlichungsausschuß gefällten Spruches gerecht zu werden. Da hiernach das Amt vielfache Berücksichtigung nahm und mit der höheren Zahlung, die nicht eine gesetzliche Anforderungen an jeden Einzelnen herantreten welche bei den magern Entlohnungsverhältnissen nicht befriedigt werden konnten, überreichten die Hilfsangestellten gemeinsam mit den städtischen Arbeitern dem Magistrat die Forderung einer zunächst für das Winterhalbjahr zu zahlenden Teuerungszulage von monatlich 60 Mk. mehr (20 Mk. Kinderzulage) bezw. wöchentlich 15 Mk. (und 5 Mk. Kinderzulage). Auch diese Forderung der Hilfsangestellten und städtischen Arbeiter wurde vom Magistrat abgelehnt. Nunmehr galt es, das letzte Mittel zur Erreichung der gestellten Ansprüche, die Arbeitsniederlegung in Erwägung zu ziehen. Das Ergebnis der stattgefundenen Beratungen war, daß 90 Prozent der Angestellten sich für den Streik erklärten, da es sich schließlich nur um ein etwas bescheidenes Existenzminimum der überwiegend unbemittelten Angestellten handeln könne, dem schließlich der Vorwurf einer langsamen Dahinsiechen gegeben werden muß. Die Vertreter der städtischen Arbeiter, welche wegen der Ablehnung der gesteigerten Teuerungszulage gleichfalls in Differenzen mit dem Magistrat stehen, sprachen den Hilfsangestellten ihre Sympathie aus und erklärten, deren Bestrebungen unterstützen zu wollen. Der Magistrat wird also alle sich auch für die Oeffentlichkeit ergebenden unliebsamen Konsequenzen aus dem mit dem heutigen Tage ausgebrochenen Streike sich selber zuzuschreiben haben.

Zweck und Ziele des Bundes erblindeter Krieger, e. V.

Uns wird geschrieben:

Unter den verschiedenen Kriegsbeschädigtenorganisationen, die sich während des Krieges gebildet haben, und die einen nicht zu unterschätzenden Prozentsatz der schaffenden Kraft unseres deutschen Volkes umschließen, nimmt der „Bund erblindeter Krieger e. V." eine besonders beachtenswerte Stelle ein, gehören doch seine Mitglieder zu denen, die eines der größten Opfer für unser Vaterland gebracht haben.

Der Bund erblindeter Krieger, der sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt, wurde bereits im März 1916 gegründet. Er hat Körperschaftsrechte und ist beim Amtsgericht Berlin-Mitte als Vereinsregister eingetragen. Der Bund gliedert sich in 18 Bezirke und diese wiederum in Ortsgruppen, und seine Mitglieder bestehen aus „ordentlichen" und „unterstützenden" Mitgliedern. Zu den ersteren zählen heute über 2500 Kriegsblinde. Unterstützende Mitglieder können Einzelpersonen und Körperschaften werden, welche die Bestrebungen der Kriegsblinden fördern wollen. Leider bewegt sich deren Zahl bis jetzt noch in recht bescheidenen Grenzen.

Der Zweck des Bundes ist, die unter Not und Tod geschlossene Kameradschaft weiter zu pflegen, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen, die den Blinden Deutschlands gemeinsam sind, zu fördern und neue lohnende Blindenberufe zu erschließen. Der Bund entfaltet sich jeder Betätigung parteipolitischer oder konfessioneller Art.

Die erste und edelste Aufgabe des Bundes ist, das Urteil der Oeffentlichkeit zugunsten der Blinden zu beeinflussen; der Blinde muß von seinen sehenden Mitbürgern als vollwertiges, gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft angesehen werden.

Bis vor kurzem galt der Blinde für die meisten Arbeiten, hauptsächlich für solche an Maschinen, als unbrauchbar. Der Kriegsblinde jedoch ist vermöge seiner geistigen Ausbildung und infolge seines reichen Schatzes an Vorstellungen größtenteils zu früheren Tätigkeiten befähigt. Es kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß von allen dem Bunde angehörenden Kriegsblinden der weitaus größte Teil eine geordnete Tätigkeit aufgenommen und sich somit eine neue Lebensstellung geschaffen hat. Die meisten Bundesmitglieder arbeiten als Korb- und Bürstenmacher, ein großer Teil als Maschinenschreiber, viele als Klavierstimmer, Telephonisten, Altenpfleger, Masseure usw. Ein außerordentlich Prozentsatz der Kriegsblinden ist neuerdings auch in Fabrikbetrieben aller Art untergebracht und ist aus den vorliegenden Zeugnissen und Anerkennungen zu schließen, daß jeder seinen Platz zu voller Zufriedenheit ausfüllt. Viele der Kameraden sind noch in der Ausbildung begriffen, doch ist leider auch ein großer Teil der Kriegsblinden infolge ihres körperlichen und seelischen Zustandes nicht in der Lage, einen Beruf zu ergreifen und für diese Berufen der Bund will das Durch in erster Linie Helfer sein. Man einer allgemeinen Gewährung größerer Unterstützungen mußte freilich noch abgesehen werden, da die zur Verfügung stehenden Geldmittel leider noch nicht bereitzu sind, um diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. Beim Tode eines Kameraden zahlt der Bund den Hinterbliebenen ein Sterbegeld von 300 Mark.

Der Bund hat für seine Mitglieder schon sehr viel Gutes getan und schöne Erfolge erzielt, doch diese alle aufzuführen ist hier nicht Raum genug. Einer der schönsten Erfolge ist die Errichtung eines eigenen Erholungsheimes. Wenn dieses bringende Bedürfnis der Bundesleitung schon längst zum Gesetz lag, so konnte der Plan doch erst in diesem Jahre verwirklicht werden. Mit Unterstützung der zuständigen Behörden hat der Bund das ehemalige Kurhaus zu Gernrode am Harz, das eine 50 Kriegsblinden Unterkunft gewährt, äußerlich erworben und zu einem Kriegsblindenheim umgestaltet. Wenn auch seitens einiger unterstützender Mitglieder die gesamte Kücheneinrichtung sowie wertvolle Bilder für den Speisesaal und namhafte Geldbeträge gespendet wurden, so bleibt doch noch viel zu tun übrig, und in unserem deutschen Vaterlande dürften sich noch viele edle Herzen finden, die mit Geldmitteln oder Gebrauchsgegenständen das neue Unternehmen unterstützen und fördern helfen. Dringend erwünscht sind noch Bettvorlagen, Tischdecken, Läufer, Gegenstände zur Ausschmückung der Zimmer und gute Bücher zum Vorlesen.

Wenn der Bund erblindeter Krieger alle seine Ziele erreichen will, so ist eins vor allem, daß die Zahl der unterstützenden Mitglieder und Gönner in Zukunft immer größer werde, denn nur mit Hilfe dieser ist er in der Lage, zum Besten und materiellen Wohle aller deutschen Kriegsblinden zu wirken.

Gebrauchsgegenstände und Bücher für das Erholungsheim werden von den Kameraden Karl Günther, Bezirksleiter, Geschäftsstelle Bugenhagenstraße 30, Paul Hartmann, Schriftführer, Stresemannstraße 38, dankend entgegengenommen. Etwaige Geldspenden sind auf das Postscheckkonto des Bundes erblindeter Krieger, Bezirk Sachsen-Anhalt, beim Postscheckamt Leipzig 30 558, einzuzahlen, auch liegen Listen zum Einzeichnen von Geldspenden in den Geschäftsräumen unserer Zeitung aus. Ueber alle Spenden wird an dieser Stelle dankend quittiert werden.

Geschäftsbericht über die Betriebsbilanz und die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung. Nach dem § 72 des Betriebsrätegesetzes können die Betriebsräte verlangen, daß ihnen Aufschlüsse über den Betriebsrätem selbst alljährlich vom 1. Januar 1921 ab nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Gesetzes eine Betriebsbilanz und eine Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt wird. Die Regierung hat bisher einen solchen Gesetzentwurf wohl in allgemeinen Richtlinien angekündigt, aber noch nicht herausgebracht; dagegen ist dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat vom Reichsverband der deutschen Industrie ein Entwurf zugegangen. Neuerdings hat auch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) der Reichsregierung, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Vorlage der Betriebsbilanz und der Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 72 B. R. G. unterbreitet. Nach diesem Entwurf wird dem Betriebsrat die Möglichkeit gegeben, die ihm im Interesse der Allgemeinheit gestellten Aufgaben einer Prüfung der Bilanz Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung auch wirklich vornehmen zu können. Der Entwurf ist mit einer eingehenden Begründung versehen, ferner ist ihm eine Aufstellung der Konten beigegeben, die zur Kontrolle der finanziellen Funktionen, der Rohstoffversorgung und des Warenaustausches notwendig sind. Es ist zu wünschen, daß die Angestellten und Arbeiter in den Betrieben baldigst zu dem Entwurf Stellung nehmen, da die gesetzgebenden Körperschaften in den allernächsten Wochen dieses Gesetz verabschieden müssen. Exemplare des Gesetzentwurfes können vom Bureau der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Berlin NW. 52, Werftstr. 7, gegen Einsendung des Portos kostenlos bezogen werden.

Heizung der Züge. Der Mangel an Heizschläuchen und der anhaltende empfindliche Mangel an Kohlen erfordern zur Herabminderung des Kohlenverbrauchs leider auch in diesem Winter eine Einschränkung der Zugheizung soweit es irgend angängig ist. Der Heizeitraum wird wie im Vorjahre auf die Zeit vom 15. Oktober bis 31. März 1921 festgesetzt. Die in den Abteilen anzustrebenden Wärmegrade sollen nicht mehr wie 10 bis 12 Grad C. betragen. Von der Heizung der Stadtbahn, Vorort-, Arbeiter-, Werkstätten- und Nebenbahnzüge sowie der Triebwagen muß vollständig abgesehen werden. Auch in den Fernzügen wird nicht immer auf ausreichende Heizung wie in Vorkriegszeiten gerechnet werden dürfen. Die Reichseisenbahnverwaltung richtet daher an das reisende Publikum die Bitte, sich bei dem kalten Wetter entsprechend mit Schutzdecken, Winterschutzkleidung u. dergl. zu versehen.

Volkshochschule Halle. Unsere Leser werden hiermit auf die Bekanntmachung der Volkshochschulvorträge im Inseratenteil der heutigen Ausgabe hingewiesen.

Lehrerverein. Dienstag, 8 Uhr, in der Talamtschule Vortrag von Professor Gunkel: „Die Religion der Propheten".

Stadttheater. Heute, Montag, abends 7½ Uhr gelangt das deutsche Märchen „Kängelinder" mit der Musik von Engelbert Humperdinck zur Aufführung. Dienstag „Der fidele Bauer", Mittwoch „Menschenfeind", Donnerstag „Die Entführung aus dem Serail", Freitag abends 6½ Uhr „Die Walküre", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Christ in Tanzk", Sonntag abend „Der fidele Bauer". Für sämtliche angesetzten Vorstellungen sind Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters täglich von 10—2 Uhr zu haben.

Apollotheater. Wir verweisen auf die heute stattfindende Erstaufführung der Gilbertschen Operette „Die Frau im Hermelin", die in erstklassiger Besetzung und Ausstattung vorbereitet ist und ein besonderer Abend zu werden verspricht, umso mehr als der musikalische Teil des Werkes sich weit über den Durchschnitt moderner Tanzoperetten erhebt. Der Vorverkauf findet täglich im Büro des Theaters von 9—1 und von 5—6 Uhr statt.

Stadttheater.

Der fidele Bauer.

Operette in drei Aufzügen von Viktor Léon. Musik von Leo Fall. Spielleitung: Willi Schur. Musikalische Leitung: Leo Schönbach.

Am Sonnabend erschien, neu einstudiert, der fidele Bauer wieder auf unserer städtischen Bühne. Wenn der Erfolg vom Sonnabend maßgebend ist, dann wird er dort auch eine ganze Weile das Feld behaupten. Ueber den Inhalt des Stückes ein Wort zu verlieren, ist wohl nicht nötig und die Musik von Leo Fall — nun, vor einem Jahrzehnt sang die Weisen ein jedes Kind. Sie übten auch gestern wieder ihre Wirkung. Das Orchester unter Leo Schönbachs Leitung brachte sie auch fast mit Hingabe zu Gehör, die flotten und die sinnlich-schleichenden. Willi Schur, Spielleiter und zugleich Darsteller des Lindoberer Bauern, tat auch sein möglichstes. Wehrhaft raffiniert hatte er auf die lustigen Szenen herausgearbeitet, wenn er auch im dritten Akt, mit seiner Schnupfsüchtigkeit und den übrigen Schnurrpfeifereien im Zimmer des angeschossenen Professors, fast über die Grenze des Erlaubten hinausging. Auf jeden Fall hat er dem verhelfen, daß der Zuschauer Sorgen und Kummer, allen Aerger, den ihm die Arbeit bereitet hat, auf einige Stunden vollkommen vergaß. Und das will etwas heißen. Das entnimmt auch der Kritiker.

Im ersten Akt wollte das Publikum allerdings erst gar nicht recht warm werden. Aber im zweiten, nach dem Heimgeschenk, gab dann der Beifall bei offener Szene ein. Die kleine Erika Werner war aber auch ein niedlicher Heinerle und Henriette Nähmer als rote Lisi fand einen so warmen Ton von Mädchenhaftigkeit. Nicht anders wollte dann der Beifall nach dem Soldatenterzett, das Anna Engelhardt (Gemmerich) Eugen Albert (Schöffengerichtsrat) und Willi Schur mit vorsangen. Ein sehr gutes Bild aber sind diese drei auch im letzten Akt. Was da beim Bauern ab Anna Engelhardt schon als Anna Lisi zu recht in ihrem Element zu sein. Seine Nebenbuhler, des Bauernsohn der Rudiger soll und nachher dann falschen Graf, vertraten seine Gegenpart und Vorwerfer vorzüglich. Ersterer, der seinen unbeschreiblichen Mond mit vielem Geschick spielte, gab Willi Schur. In gleicher Gunst befand sich Gertrud Walsch als seine Frau. Otto Tiedemann als Leutnant des ehemaligen Heeres war „fürsonnend".

So wird denn der „fidele Bauer" zum Wohle des Publikums und der notleidenden Theaterkasse noch oftmals auf dem Theaterzettel zu finden sein.

Konzert von Herma Studeny.

Das Konzert, das am Sonnabend abend in der Loge zu den drei Degen Herma Studeny mit dem Chemnitzer Cellisten Fritz Schertel und der Pianistin Lotte Kaufmann-Berlin gab, hatte leider recht spärlichen Besuch aufzuweisen. Die Vorträge, die geboten wurden, waren, wenn auch noch nicht ganz auf künstlerischer Höhe, doch immerhin recht bemerkenswert. An erster Stelle ist ohne Zweifel Fritz Schertel zu nennen, der nicht nur sein Instrument technisch einwandfrei beherrschte, sondern auch Verständnis für den tiefen Gehalt der Musik erkennen ließ. Die schwierigen Partien der „Variationen A-moll" von Klengel meisterte er mit Ueberlegung und die Auffassung der „Romanze" von Sindling zeigte ihn als denkenden Künstler. Oh Herma Studeny die Erwartungen, die man auf ihr Spiel setzte, ganz erfüllt hat, möchte ich bezweifeln. Ihrem Vortrag fehlt noch der persönliche Zug. Sie geht noch nicht voll und ganz auf in ihrem Spiel, sie hängt noch zu sehr am Aeußeren. Voraussetzung dazu ist aber restlose Beherrschung des Technischen, die es erlaubt, die ganze Aufmerksamkeit auf den Inhalt zu richten. Die Sonate D-dur für Violine und Klavier trug sie recht ansprechend vor, während sie den Anforderungen des „Violinkonzerts Nr. 6" von Spohr nicht ganz gewachsen war. Die Begleitung Lotte Kaufmanns war sicher und gewandt. Als Solistin spielte sie die „Variationen über ein Menuett von Duport" von Mozart mit tiefem Verständnis und Empfinden — mit der Auffassung der Mozartschen „Fantasie C-moll" konnten wir uns an manchen Stellen nicht einverstanden erklären. Recht störend wirkte die Unruhe des Körpers beim Spiel. Oder sollten die Bewegungen ein Mittel sein, dem tiefen Gedanken der Musik besseren Ausdruck zu geben?

Der Beifall war nach jedem Vortrag sehr lebhaft.

Vorgeschichte und Gegenwart.

In der letzten Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins für Sachsen und Thüringen, die im Provinzial-Museum stattfand, sprach Herr Professor Dr. Hahne über das interessante Thema „Vorgeschichte und Gegenwart". — Jeder, auch der einfache Mann, wird von dem Gedanken gepackt, daß die Verhältnisse der Gegenwart in der weit entlegenen Vorzeitzeit zu suchen.

Es gibt eine Menge Probleme der Vorgeschichte, die die Allgemeinheit interessieren, und letzten Endes hat ja keine Wissenschaft das Recht, sich außerhalb des täglichen Lebens zu stellen. Außer den Fragen nach der Entwicklung technischer Dinge richtet sich das Interesse z. B. auf Siedlungsstellen, Wohn- und Jagdhütten, kurz: das Verhältnis des Menschen zu seinem Boden. An Schädelfunden kann man entwicklungsgeschichtliche und völkerkundliche Studien treiben, so kann selbst ein Schädel niederer Menschenrassen bei regelmäßiger Bildungsweise einen Anspruch auf Schönheit haben. Die Rassenfrage hat sich bei den Völkern der Vorzeit wesentlich einfacher gestellt als heute. So wird dem Gegenwartsforscher manches bezüglich der Siedlungsart, Kulturstufe und Bekanntmachungen klarer werden, wenn er die Ergebnisse der Vorgeschichtsforschung mit in Betracht zieht. Man muß dabei bedenken, daß die Dauer des vorgeschichtlichen Zeitraumes im Auftreten des Menschen die des geschichtlichen etwa um das Hundertfache übertrifft. In jenem Zeitabschnitt stellt sich gewissermaßen die Kindheit der Völker dar. Was der einzelne ist, das ist abhängig von dem, was die Vorfahrenreihe durchlaufen hat. Man kann an den Vorzeitfunden auch nachweisen, daß das Mischungsverhältnis der Rassen in Deutschland bis heute ungefähr gleich geblieben ist. Wenn wir irgendein Volk als Ganzes verstehen wollen, so müssen wir auch seine Vorgeschichte kennen. Volk, Vaterland, Heimat, die höchsten geistigen Werte haben ihre Urbeziehungen in jenen fernen Zeiten.

Durch eine Reihe schöner Lichtbilder wurden die Ausführungen erläutert. Man sah die Fundstätte jenes berühmten Schädels von Mauer, man erblickte die Urmenschen im Streit mit Tieren, die ihnen an Körpermassen und Kraft weit überlegen waren, eine Höhlenbär und Mammut. Bewundernswert ist auch die Entwicklung der Technik mit einfachem Material und dürftigen Hilfsmitteln. So siegte der Menschengeist über den spröden Stoff bei der Anfertigung von Haus-, Kriegs- und Jagdgerät, wie Beil, Bohrer, Messer, Schaber, Pfeil- und Lanzenspitzen. Nicht minder interessant ist es, die Anfänge der darstellenden Künste: Dramatik, Plastik und Malerei zu verfolgen. Besonders tiefe Einblicke in das Gemütsleben der Altvorderen gewährt die Bestattungsweise. Von Lauten ist auch manch beachtenswerter Rest auf uns gekommen: Siedlungen sind in ihrer Anlage noch wohl zu erkennen, ebenso Balkenwege durch mooriges Gelände, ja, man hat sogar in unserer Nähe ein jungsteinzeitliches Bauernhaus wiederzurichten vermocht. Die kunstgemäßlichen Funde erfüllen uns mit hoher Achtung vor jener längst entschwundenen Zeit, die ihre Gedanken auch bereits mit überirdischen Betrachtungen beschäftigte, wie die Steinkreise zur Sonnenbeobachtung dartun. Moormumien, in Eichensärgen ziemlich gut erhalten, gewähren manchertei Aufschlüsse über das Aussehen und die Kleidung von Menschen, über die keine Geschichtschreibung berichtet. So gewinnt man durch Vorgeschichtsforschung Erkenntnisse, die der klaren Erfassung der Geschichte bis zur Gegenwart dienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201101-10/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuß, der im Reichsarbeitsministerium zur Regelung von Lohnstreitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingesetzt war, hat am Sonnabend, 30. Oktober 1920, unter dem Vorsitz des Bergmeisters Bauer vom Reichsarbeitsministerium und unter Teilnahme des Oberbergrats Erdmann vom preußischen Oberbergamt Halle und des Bergassessors Hausfelder vom Reichskohlenverband als unparteiischer Beisitzer einen Schiedsspruch gefällt. Danach wird unter Festsetzung eines Lohnuntersiedes von 5 Prozent in gewissen Bezirken eine Erhöhung des Kindergeldes vor 2 Mark auf 3 Mark und des Hausstandsgeldes von 3 Mark auf 4 Mark je Werksarbeitstag sowie eine Erhöhung sämtlicher Sätze der zuletzt gültigen Lohntafel je Schicht mit Wirkung vom 1. November d. J. ab ausgesprochen. Zum 1. Dezember sollen die Parteien darüber verhandeln, ob auf Grund des Ergebnisses der amtlichen Prüfung der Rentabilität der Werke eine weitere Lohnerhöhung angezeigt ist.

Offener Brief

an den Herrn Reichswehrminister Dr. Geßler als Entgegnung auf die am Sonntag, den 17. Oktober 1920, im Zirkus zu Magdeburg gehaltene Rede.

Die beschränkte Debatte am Sonntag ermöglichte mir nicht zu sprechen und zwingt mich daher, den Weg der Oeffentlichkeit zu beschreiten. Ihre Ausführungen entsprechen nicht den Taten, die Sie bisher als Minister geleistet haben. Wer die gesunden Kräfte des Volkes zu vereinigen wirklich bestrebt ist, darf sie nicht, wo sie vorhanden sind, von sich stoßen, um so das Heer der Verbitterten um Hunderttausende zu vermehren.

Gestatten Sie, Herr Minister, daß ich Ihnen folgende Fragen vorlege?

1. Wie ist es möglich, daß nach solchen Ausführungen, wie sie in Magdeburg von Ihnen geboten wurden, die Verordnung im Heeresverordnungsblatt 1920 Nr. 55 entstehen konnte?
2. Worauf ist Ihre ständige Variation im Hinblick auf die Koalitionsfreiheit der Reichswehr zurückzuführen?
   (Vgl. H. V.-Bl. v. 24. 4. 20 Seite 384 und den Entwurf zum Reichswehrgesetz.)
   Geschah die Aenderung Ihres Standpunktes zu dieser Frage aus eigener demokratischer Ueberzeugung oder ist es eine Folge des Seelischen Fluidums?
3. Ist Ihnen die Tragweite Ihrer Bemerkung, daß in Ihrem Heimatland Bayern die Reichswehr kaum in der Lage wäre, das Land zu schützen -- wohl aber Herr Escherich —, voll bewußt?!

Als ehemaliger Berufssoldat und Reichswehrangehöriger, der ein warmes Herz und volles Verständnis für die Reichswehr besitzt, möchte ich voll und ganz den Wunsch aussprechen:

Bekümmern Sie sich, Herr Reichswehrminister, mehr wie bisher um die Reichswehr, aber persönlich, mehr eigene Ministergedanken und weniger Gedanken des Chefs der Heeresleitung, sonst ist ein Gößlersches Finale unabwendbar.

Der Brief wird uns von der Pressestelle beim Oberpräsidenten zugesandt. — Ob Herr Geßler sich damit von seiner falschen Bahn ablenken lassen wird? Wir glauben es nicht!

Die „Freiheit" geißelt Joseph Schneider.

Bekanntlich waren wir schon des öfteren dazu genötigt, die Mansfelder Arbeiterschaft vor den unlauteren Machinationen des Priesterseminaristen und jetzigen Kommunistenredakteurs Joseph Schneider aus Eisleben zu warnen. Es hat sich uns mehr als einmal die Gelegenheit geboten zu bezeugen, daß dieser, aus irgendwoher in der Arbeiterbewegung aufgetauchte Maulwurfstinsti, zu den gefährlichsten Schädlingen des Proletariats gehört. Mit welch erbärmlichen Mitteln dieser Menschheitsapostel nun erbeitet, wenn es gilt, einen politischen Gegner zu verdächtigen, zeigt folgende Notiz, die wir der Sonnabendnummer der „Freiheit", dem Zentralorgan der U. S. P. D. entnehmen:

„Die „Mansfelder Volkszeitung", deren Redakteur Schneider ins Lager der Neukommunisten übergelaufen ist, bringt gegen den Genossen Dr. Rosenfeld eine Notiz, die so recht erkennen läßt, auf welchem Niveau die Neukommunisten den Kampf führen. Das Mansfelder Blatt veröffentlicht die unwahre Behauptung, daß Genosse Dr. Rosenfeld im Auftrage eines Herrn Vieg den Redakteur Schneider von der „Mansfelder Volkszeitung" verklagt habe. In Wahrheit hat nicht Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, sondern der rechtssozialistische Rechtsanwalt Dr. Seyfried Rosenfeld diese Klage erhoben. Vor- und Zunamen des Rechtsanwalts steht an der Spitze der Klage. Der verantwortliche Redakteur muß die Klage gelesen haben. Er hat daher wider besseres Wissen den Genossen Dr. Rosenfeld verdächtigt.

Zur Charakterisierung der „Mansfelder Volkszeitung" drucken wir noch ab, was diese Zeitung vom Genossen Dr. Rosenfeld schreibt: „Er ist nun glücklich in Kassel gelandet und hat sich bereits so schiedsmannesmäßig, daß er als Rechtsvertreter der Mehrheitsbonzen gegen U. S. P.-Redakteure fungieren darf. Wir wünschen ihm guten Erfolg. Vielleicht ist bei den Scheidemännern mehr Geld zu verdienen." Armselige Schmierfinken! Wir haben nötig, den Genossen Rosenfeld gegen dieses Verdacht zu verteidigen, selbst die Freunde des Herrn Schneider werden wohl Scham empfinden, daß einer der ihrigen ein derartiges Niveau erreicht hat."

Merseburg. Ausstellung von Handfertigkeitsgegenständen. Donnerstag, den 4. November, nachmittags 3—6 Uhr, findet im Turnhallenneubau der alten Volksschule in Halle a. S., Neue Promenade, eine Ausstellung von Papparbeiten statt. Die Gegenstände sind auf einen Lehrgang, den Herr Zeichenlehrer Karl Schlosser im Auftrage der Regierung abgehalten hat, angefertigt worden. Jedermann ist herzlich willkommen.

Weißenfels. Die Armen müssen betteln oder erfrieren. Im Anzeigenteile des Weißenfelser Tageblatts wird von Schweiter Marie für eine arme kranke Witwe, welche in eine Heilanstalt aufgenommen werden soll, ein warmer Mantel erbeten. Ist es unseres Zeitalters nicht durchaus unwürdig, wenn für eine arme kranke Witwe, welche eine Kur durchmachen soll, ein Kleidungsstück von der Oeffentlichkeit erbeten als erbettelt werden muß? In einer Zeit, wo in Kreisen der Besitzenden Wohlleben herrscht, wo Millionenwerte von Zigarren und Zigaretten in die Luft gepafft werden, wo ein Vergnügen das andere ablöst, wo getrunken und gezecht wird, sollte nicht soviel aus Mitteln der Wohlfahrtspflege übrig sein, daß die kranke Witwe der Eintritt der Kur ausreichend bekleidet werden kann? Es ist das Beschämendste, was unsere jetzige Wirtschaftsweise hervorzubringen im Stande ist. Die Finanzen der Gemeinde stehen schlecht. Die Staatswohlfahrt sollte für die Armen der Armsten so eintreten, daß ihnen nötigenfalls sofort geholfen werden kann. Das sind aber die Mängel der bürgerlichen Regierung, daß Arme und Kranke in der angegebenen Weise fürchterlich leiden. Sollte dieser bürgerliche Staat nicht mehr für Wohlfahrtszwecke aufzuwenden im Stande sein, als daß arme kranke Witwen um Kleidungsstücke betteln müssen? Der sozialistische Staat würde hier gründlicher Abhilfe schaffen, dessen sind wir gewiß. F. D.

Zörbig. Veranstaltungen des sozialdemokratischen Vereins. Der hiesige Ortsverein entfaltet in diesem Winterhalbjahr eine rege Versammlungstätigkeit. Nach der vor kurzem in Löberitz abgehaltenen ersten öffentlichen Versammlung, in der Genosse Albert Müller, Halle, über Spa — Moskau sprach, und dem ersten Vortragsabend im Mitglieder- und Freundeskreise mit dem Thema: Heinrich Heine, findet am Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, im Schützenhause die zweite öffentliche Versammlung statt. Referent Parteisekretär Flücht, Halle. Nach dem Vortrage findet wie üblich freie Aussprache statt. Zur Unkostendeckung werden 30 Pfennig Eintrittsgeld erhoben.

Delitzsch. Volkshochschule. Montag, am 1. November: 1/8—1/9 Uhr in Klasse 2: Seminarlehrer Dr. Schulz, Die Geschichte der politischen Parteien. 1/8—1/9 Uhr im Festsaal des Seminars: Seminarmusiklehrer Heine, Erläuterung musikalischer Kunstwerke. 1/9—1/10 Uhr in Klasse 3: Seminarlehrer Wendt, Die Erde und der Mensch.

Vermischtes.

Ein Richtspruch über die bürgerliche „Moral".

Die Moral der bürgerlichen Gesellschaft fand kürzlich in Görlitz anläßlich der Verhandlung gegen die Müllerstochter Martha Jähne aus Görlitz eine vernichtende Kritik. Die Jähne, die infolge eines selbst beigebrachten Schusses heute siech ist, war angeklagt, den Hauptmann Adler (R.-R. 58 Görlitz) gelötet zu haben. Seit ihrem 17. Lebensjahre war sie die Liebesgefährtin des genannten Hauptmanns, die sie der Jugend des Mädchens in vollen Zügen genoß und ihr auf ihre Frage, was daraus werden sollte, mit den Worten antwortete: Heiraten könne er sie nicht. Während des Krieges heiratete Adler eine Dame der „Gesellschaft" und griff dann nicht nur das dem Mädchen ausgesetzte kleine Vermächtnis für 18jährige Liebesdienste an, sondern hatte die Geschmacklosigkeit, seine Frau dem Mädchen in den Weg zu führen. Diese Dame, als geschiedene Frau Hauptmann, hatte aber nichts anderes zu tun, als die Klägerin Gelegenheit zu geben, sich mit „Dirne" zu bezeichnen. In der Zähne reißte der Ehemann ihren treuesten Liebhaber und zwang sich selbst aus der Welt zu schaffen. Der Hauptmann mußte sein Leben lassen. Die Geschworenen verneinten in Anbetracht des zerrütteten Lebenswandels der Angeklagten sämtliche Schuldfragen und sprachen sie frei. Bemerkenswert sind aber die der Moral der bürgerlichen Gesellschaft ins Gesicht geschleuderten Worte des Staatsanwalts: „Das ist die Fröhlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, mit der die Mädchen der Nähe der Gesellschaft oder der höheren Klassen als gefällige Objekte ihrer Sinnenlust und ihrer Unmoralität zu Verfügung stehen. Das ist der Fluch, den es zunächst bei der Welt auch heute noch nicht los geworden ist. Und das ist Charakterlosigkeit, die heute noch ihre Stützen in der bürgerlichen Gesellschaft sucht und findet."

Brav gesprochen. So wie es jenem ging, so möge es allen gehen, die in dem einfachen Mädchen nur ein Stück Wild sehen und die das Recht zu haben glauben, über die tiefe Unmoral der niederen Volksschichten sich entrüsten zu müssen.

Die Ladung der „Lusitania". Wer erinnert sich noch Aufsehens und der Empörung — Empörung nicht nur im Auslande — die durch die Versenkung der „Lusitania" in Deutschland ausgelöst wurden. Hunderte von unschuldigen Menschen ertranken als Opfer des Kriegs nicht weit von der englisch-n Küste. Jetzt meldet die Pariser „Chicago Tribun." aus New York, Dudley Field Malone, ein Kandidat für den Gouverneurposten von New York, habe erklärt, „Lusitania" habe bei ihrer Ausfahrt aus dem Hafen von New York 11 000 Tonnen Schwarzpulver an Bord gehabt. Malone war damals Zolleinnehmer in New York und müsse über die Ladung der „Lusitania" Bescheid wissen.

Nach dem damaligen Seerechtszustand war die warnungslose Versenkung von Munitionsschiffen geltendes Recht. Wenn Malone Recht hat, sind die Passagiere bewußte Schutzschild amerikanischer Munition für die Entente gebraucht worden. Die deutsche Botschaft hatte vor der Benutzung der „Lusitania" ausdrücklich gewarnt.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Br. Umlauft bezogen werden.

Ein neues „Konversations-Lexikon" beginnt jetzt zu erscheinen. Seit Kriegsausbruch gibt es eine Neuausgabe eines der bekannten Lexika, eine Spekulation hat daher dieser Bücher bemächtigt. Für alte Lexika werden phantastische Preise bezahlt. Ein neues und zeitgemäßes gediegenes Lexikon ist daher ein sehr verdienstvolles und dankenswertes Unternehmen, besonders wenn es noch den Vorzug der Billigkeit hat. Es erscheint unter dem Titel „Illustriertes Konversations-Lexikon" in 104 wöchentlichen Lieferungen im größten Format 18,5×26,5 Zentimeter und bringt auf etwa 10 000 Spalten mit 50 000 Artikel und Stichworte, über 700 ganzseitige Abbildungen und über 12 000 Textillustrationen. Der Preis ist dabei außerordentlich billig gestellt: jedes Heft kostet nur 2 Mark. Die Anschaffung ist also jedem leicht möglich. Ein gutes Lexikon ist jedem gebildeten Menschen unentbehrlich. Es ist unschätzbar, zumal wenn es wie dieses sehr leicht verständlich und populär für das praktische Leben geschrieben ist und alle die großen und erschütternden Ereignisse und Umwälzungen bis auf den heutigen Tag berücksichtigt. Probehefte gegen Einsendung von 2,50 Mk. versendet portofrei der Verlag H. G. A. Gäfgen, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 24. (Postscheckkonto 65320 Berlin.)

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Unter Vereinsanzeiger sollen alle Veröffentlichungen aus den Vereinen eben, auch Todesanzeigen, aufgenommen werden.

Neumark. Dienstag, den 2 November Mitgliederversammlung im Neumarkt in Crumpa. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Politik, Parlamentarisches und Gewerkschaftliches Fritz Tümmel; für „Aus dem Stadtkreise" und Feuilleton Willi Lange; Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Gaede; für Inserate Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Verordnung über die Bereitung von Backware.
Vom 14. Oktober 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 401), 18. August 1917 (R.-G.-Bl. S. 823) des § 21 der Verordnung über die Bereitung von Backware vom 26. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 413) sowie des § 2 der Verordnung über die Bereitung von Backware vom 20. Juni 1916 (R.-G.-Bl. S. 540) wird verordnet:

§ 1.

Bei der Bereitung von Brot und Kleingebäck außer Kranzgebäck müssen neunzig Gewichtsteile Weizen-, Roggen- oder Gerstenmehl und zehn Gewichtsteile Streckungsmittel verwendet werden.

Die Landeszentralbehörden können im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Verwendung von mehr als zehn Gewichtsteilen Streckungsmittel anordnen. Zur Anordnung einer Verwendung von mehr als zwanzig Gewichtsteilen Streckungsmittel ist die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erforderlich.

§ 2.

Als Streckungsmittel dürfen Maismehl, präpariertes, spelzenreies Hafermehl und Weizenstärkemehl verwendet werden.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann die Verwendung von Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen als Streckungsmittel zulassen und das Mengenverhältnis, in dem sie zu verwenden sind, festsetzen.

§ 3.

Als Streumehl darf nur technisch reines Holzmehl, Strohmehl, Spelzmehl und Steinnußmehl, ohne mineralische Zusätze, verwendet werden.

Als Wirkmehl zum Aufarbeiten des Teiges darf nur das zur Brotbereitung zugewiesene Mehl Verwendung finden.

§ 4.

Die Landeszentralbehörden können bestimmen, daß Brot nur in Stücken von bestimmten Formen und Gewichten hergestellt wird.

§ 5.

Brot, mit Ausnahme von Weizen- und Kleingebäck, darf erst an dem auf den Herstellungstag folgenden Tage den Verbrauchern abgegeben werden. Es muß mit dem Stempel des Tages seiner Herstellung versehen werden.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung oder gegen die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder den Landeszentralbehörden auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 7.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 8.

Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 9.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. November 1920 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die Verordnung über die Bereitung von Backware vom 26. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 413) in der Fassung der Verordnungen vom 28. September 1916 (R.-G.-Bl. S. 98), die Verordnung über die Bereitung von Backware vom 20. Juni 1916 (R.-G.-Bl. S. 540), die Verordnung über die Verwendung von Mehlen bei der Bereitung von Roggenbrot vom 5. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 101) sowie die Verordnung über die Verwendung von Steinnußmehl als Backstreumehl vom 13. Juni 1917 (R.-G.-Bl. S. 465) außer Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung bestimmt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin, den 14. Oktober 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
J. V.: Dr. Huber.

Volkshochschule.

Im Bureau der Schulverwaltung Rathausstr. 4 I (Eingang Kl. Steinstraße) werden noch für folgende Vorträge und Lehrgänge Eintrittskarten abgegeben:

III. Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiete der Photographie (mit prakt. Vorführungen). Lektor Dr. Conrad.
IV. Die tierischen Schmarotzer der Menschen und ihre Bekämpfung. Professor Dr. Zapha.
VI. Erste Hilfe bei Unglücksfällen und Krankheiten Dr. med. Zeis.
IX. Lehrgang in der französischen Sprache (Fortgeschrittene). Studienrat Tönnies.
XI. Lehrgang in der englischen Sprache (Fortgeschrittene). Oberlehrerin Kwast.
XII. Einführungskursus in die russische Sprache. Professor Dr. Lezius.
XVIII. Die deutsche Schule der Zukunft. Studiendirektor Balzer.

Die Vorlesung beginnt am 9. November 1920.
XIX. Lebensweise, eine pädagogische Grundelegung. Rektor Spiett.

Halle, den 28. Oktober 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Durch die von der Reichsregierung vom 19. September 1920 erlassene Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung ist auch die Verordnung über Pferdefleisch und Ersatzwurst des Reichsernährungsministers vom 12. Mai 1919 (R.-G.-Bl. S. 467) in der Fassung vom 4. Juni 1920 (R.-G.-Bl. S. 1124) außer Kraft geworden. Die in Gemäßheit der Verordnung vom 22. Mai 1916 für den hiesigen Kommunalverband erlassenen Verordnungen über die Schlachtung von Pferden und den Handel mit Pferdefleisch wie die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Pferdefleisch vom 4. 7. 19 werden daher hiermit aufgehoben.

Halle, den 30. Oktober 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es ist festgestellt worden, daß die Kleinhändler Musfeld aus selbstgeschlachtetem Schweinefett verkauften. Gemäß der Verordnung vom 31. 1. 1916 (R.-G.-Bl. S. 75) darf zur gewerbsmäßigen Herstellung von Wurstwaren nicht mehr als das Gewicht des ausgeschlachteter Rinder, Schweine und Schafe verarbeitet werden. Zum gewerbsmäßigen Verkauf von Fettschmalz im Kleinhandel bedarf hingegen der Kleinhändler der Erlaubnis des zuständigen Kommunalverbandes, sofern er nicht die Befähigung zur Führung des Meisterbriefes besitzt. Verstöße gegen diese Bestimmung werden strafrechtlich verfolgt und haben gegebenenfalls die sofortige Schließung der Geschäfte zur Folge.

Halle, den 30. Oktober 1920. Der Magistrat.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Reis, Trockenei, Brotfett und Nährsuppen im Talamtsschule am Dienstag, den 2. November. Zuerst Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit Nummern 0001 bis 18 500 verwiesen von 8—12 und die Inhaber der Nummern 18 501 bis 36 000 nachmittags von 2—5 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für vier Stück, an jede Person eines Haushaltes 1 Dose Armee-Konserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6,50 Mk., ½ Pfund Reis zum Preis von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk., 200 Gramm Brotfett zum Preise von 5 Mk. für 200 Gramm und ½ Pfund Nährsuppen zum Preise von 50 Pfg. für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201101-10/fragment/page=0006